

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 2 Reichsmark...

Der 'Vorwärts' mit der Sonntagsbeilage 'Volk und Welt'...

Telegramm-Adresse: 'Sozialdemokrat Berlin'

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise: Die einseitige Komposition...

Wann immer für die nächste Nummer...

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3

Dienstag, den 9. Februar 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3

Der ADBB. für das Volksbegehren.

Sitzung des Bundesausschusses. - Keine Wiederaufrichtung der Arbeitsgemeinschaft.

Auf seiner zweiten Tagung, die unter dem Vorsitz von Grafmann stattfand...

In der Begründung für die Stellungnahme des Bundesausschusses...

Die maßlosen Forderungen der ehemaligen Fürsten haben in der gesamten Arbeiterschaft...

Aus der Debatte ging hervor, daß die Gewerkschaften entschlossen sind...

Der Ausschuss gab dabei der Ueberzeugung Ausdruck, daß jeder Mißbrauch...

schiedenste bekämpft werden wird. Der Bundesausschuss präziserte die Stellungnahme...

Der Bundesausschuss billigt die Vermittlungsaktion des Bundesvorstandes...

Die Debatte wandte sich dann der Erörterung der Wirtschaftslage zu...

Volksbegehren - Volksentscheid.

Selbständiger Kampf der Sozialdemokratie.

Aus dem Bureau des Parteivorstandes wird uns geschrieben:

Parteivorstand und Reichstagsfraktion haben schon wiederholt Versuche unternommen...

Der Parteivorstand hat sodann zum 19. Januar 1926 den Parteiausschuss einberufen...

Unter dem Vorsitz eines Vertreters des Bundesvorstandes der Gewerkschaften...

Die beteiligten Organisationen werden die Aktion jede für sich selbständig führen...

1. Herstellung und Finanzierung der Einzeichnungslisten sowie der erforderlichen Plakate...

2. Die Einzeichnungslisten werden zentral hergestellt und an eine für jeden Bezirk vereinbarte Adresse geschickt...

3. Die Plakatherstellung und -verbreitung erfolgt nach demselben Schlüssel durch beide Parteien...

Damit wurde also bestimmt, daß die Kosten für die Herstellung der Listen...

Darüber hinaus sind keine gemeinschaftlichen Aktionen zwischen beiden Parteien vereinbart...

Der Völkerbundeintritt.

Einstimmiger Beschluß des Reichskabinetts.

Amlich wird mitgeteilt: Das Reichskabinet hat in seiner gestrigen Sitzung die Abstimmung einer Note einstimmig beschlossen...

Die Mussolini-Debatte.

Heute Rede des Außenministers im Reichstag.

Bei Beginn der gestrigen Reichstagsitzung verwies Außenminister Dr. Stresemann darauf, daß in der Sonnabendstimmung der italienischen Kammer Mussolini Ausführungen gemacht habe...

Das Haus hat dem Wunsche der Regierung entsprochen. Heute um 2 Uhr wird der Reichstag die Rede Mussolinis besprechen...

In der Parlamentsstimmung vom 6. d. M. hat der italienische Ministerpräsident unter Bezugnahme auf die Lage in Südtirol Ausführungen gemacht...

1. Ist der Reichsregierung der amtliche Wortlaut dieser Ausführungen bekannt?

2. Ist die Reichsregierung in der Lage, dem Reichstag über ihre Stellungnahme zur dieser Ausführung Auskunft zu erteilen?

Die Interpellation der Regierungsparteien wird von Dr. Scholz begründet werden. Danach erfolgt die Begründung der deutschnationalen Interpellation...

Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags ist zu heute normittag zur Vorbereitung der Mussolini-Debatte einberufen worden.

Dank sei Mussolini!

Pathologische Politik.

Wir meinen diesmal nicht Mussolini, sondern nur den Chefredakteur der 'Berliner Börsenzeitung'...

„Dank sei Mussolini!“

Russolini hat recht! ...

„Wenn der frühere englische Ministerpräsident Macdonald recht hat, dann hast du soeben mit England eine geheime Abrede getroffen, den Franzosen Tunis wegzunehmen...“

Der Redner und der Danksager — sie sind einander würdig!

Dem Wirtschaftsredakteur der 'Börsenzeitung', Herrn Funk, ist freilich der höhere Widsinn seines Chefredakteurs und früheren Hugenberg-Redakteurs Vestreich über die Hutschnur gegangen...

„Es zeigt nicht gerade von Diktatorenmut, wenn man ein äußerlich geknechtetes und innerlich zerrissenes machtloses Volk, wie es das deutsche Volk ist, beschimpft und bedroht.“

Aber was hilft dies Sächgen im Börsenteil, wenn über die ganze erste Seite hinweg seit zu lesen steht: Dank sei Mussolini!

Der Chefredakteur der 'Berliner Börsenzeitung' hält sich für einen Patriot. Das ist er auch; denn er hat es gestern bewiesen. Dank sei Mussolini!

Die Mörder der Sowjetkuriere.

Keine politischen Hintergründe.

Riga, 8. Februar. Die Lettische Telegraphenagentur meldet: Die Leichen der beiden Mörder der Sowjetkuriere sind identifiziert worden. Es handelt sich um die beiden Brüder Gabrielow, Polen aus Litauen...

In unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß der Fall keine politischen Konsequenzen für die Beziehungen Lettlands zur Sowjetunion haben werde.

später folgenden Volksentscheid sind von jeder beteiligten Korporation selbständig zu führen. Darunter fallen alle Aufrufe, Versammlungen und Demonstrationen. Wenn die Kommunistische Partei drauhen im Auftrage ihrer Zentrale anders verfährt, so entspricht das nicht den Abmachungen und braucht unseren Genossen in keinem Bezirk und keinem Ort Veranlassung zu geben, etwa in gleicher Weise gegenüber der anderen Partei zu verfahren. Wir sind gewöhnt, zu dem zu stehen, was wir abmachen, und wir wissen, daß unsere Genossen genau so verfahren werden. Eine gemeinschaftliche Arbeit mit der Kommunistischen Partei ist schon deshalb unmöglich, weil während der ganzen Dauer der Vorbereitung für das Volksbegehren und den Volksentscheid innen- und außenpolitische Fragen von unserer Partei selbständig entschieden werden, und weil wir bei allen diesen Fragen im Gegensatz zur Kommunistischen Partei stehen. Für jeden Sozialdemokraten muß es selbstverständlich sein, die innere Geschlossenheit und Festigkeit der Partei und die Sammlung der Wählermassen in der Sozialdemokratischen Partei mit allen Kräften zu fördern.

Die Vorbereitung des Volksbegehrens.

Bis zum 8. Februar werden von den Zentralen an die Bezirke die Einzeichnungslisten mit Begleitbriefen und Couverts per Post. In den Bezirken sind alle Adressen mit der Anzahl der an die Gemeinden zu verscheidenden Einzeichnungslisten bereitzuhalten, damit an dem Tage, an dem das Ministerium des Innern den Termin der Einzeichnung für das Volksbegehren bekanntgibt, der Verband an die Gemeinden demersfähig werden kann. Nach der Reichs-Stimmordnung sind alle Gemeinden verpflichtet, den Empfang der Listen auf Verlangen gegen Quittung zu bestätigen. Das ist aber nur notwendig, wo die Listen persönlich abgegeben werden. Erfolgt der Versand per Post, so wird die Quittung der Post für die sichere Zustellung genügen. Die Gemeindebehörden sind zur Auslegung der Einzeichnungslisten verpflichtet. Der § 76 der Stimmordnung besagt: „Unverzüglich nach Eingang der Vorladung hat die Gemeindebehörde in ordentlicher Weise bekanntzugeben, wo, an welchem Tage und zu welcher Tagesstunde die Unterfertigten in die Listen eingetragen werden können.“

Die Bekanntmachung unterbleibt, wenn die Einzeichnungslisten so spät eingehen, daß nach den örtlichen Verhältnissen von der öffentlichen Bekanntmachung kein Erfolg mehr zu erwarten ist. Die Eintragungstage und Eintragungstunden sind so zu legen, daß alle Eintragungsberechtigten der Gemeinde die Möglichkeit haben, innerhalb der Eintragungfrist sich in die Liste einzutragen. Dabei sind die beruflichen Verhältnisse der Einwohner zu berücksichtigen. Falls in die Eintragungsfrist Sonn- oder öffentliche Ruhetage, so soll auch an diesen Tagen Gelegenheit zur Eintragung gegeben werden. Die Gemeinden haben also in üblicher Weise, d. h. durch die zugelassenen Zeitungen, die üblichen Bekanntmachungen zu erlassen oder durch Aushang und Ausschellen den Termin bekanntzugeben, von welchem Tage an die Einzeichnungslisten und an welchen Stellen dieselben ausliegen.

Der Eintragungsdienst.

So wie bei der Reichstagswahl kann ein Stimmberechtigter, wenn er während der Auslegungsfrist nicht in seinem Wohnort anwesend ist, sich vor der Abreise einen Eintragungsdienst ausstellen lassen und an irgendeinem beliebigen Ort in Deutschland mit diesem Eintragungsdienst in die Einzeichnungsliste einzutragen. Außer den Eintragungslisten wird von beiden Parteien ein gemeinschaftliches Plakat herausgegeben, enthaltend die Aufforderung zur Einzeichnung für das Volksbegehren und den Text des eingereichten Gesetzes. Für die Arbeit, die durch den Versand der Plakate entsteht, muß in den Bezirken eine Verständigung mit der anderen Partei erfolgen. Eine solche Verständigung dürfte sehr leicht und schnell zu finden sein. Vor allen Dingen haben unsere Organisationen dafür zu sorgen, daß der Versand der Einzeichnungslisten auf das allergewissenhafteste erfolgt. Ebenso sind unsere Genossen verpflichtet, dafür zu sorgen, daß auch in den kleinsten Orten oder Ortsbezirken Plakate verteilt werden und die Bevölkerung auf die Einzeichnungslisten aufmerksam gemacht wird, weil nach den Erfahrungen allzu leicht die amtlichen Bekanntmachungen übersehen werden. Unsere ganze Arbeit muß darauf eingestellt werden, daß die

ganze Bevölkerung für das Volksbegehren mobil gemacht wird und daß Millionen Wähler von ihrer politischen Pflicht Gebrauch machen, selbst darüber zu bestimmen, ob die Gesetze der Fürsten auf das Volksvermögen abgewehrt und abgewiesen werden sollen.

Der Parteivorstand hat bereits zu Beginn der Aktion unsere Bezirke verpflichtet, sofort Gesammungen einzuleiten, um die Organisation der durch die Einleitung des Volksentscheids und die Durchführung desselben ungeheure Kosten entstehen, in den Stand zu setzen, die Aktion bis ins kleinste mit Erfolg durchzuführen.

Die Rechtsprechung deutscher Gerichte.

Die Beratung des Justizetat im Reichshaushaltsausschuss

In seiner gestrigen Sitzung nahm der Reichshaushaltsausschuss zunächst den Antrag seines Unterausschusses betreffend Untersuchung und Abgeltung der Hochwasserbeschäden einstimmig an. Durch diesen Antrag wird der zur Linderung der dringendsten Not der Geschädigten bereitgestellte Betrag von 3 auf 5 Millionen erhöht. Die Reichsregierung wird ferner ersucht, alle in Betracht kommenden Behörden durch die Landesregierungen anweisen zu lassen, den Geschädigten jede mögliche Hilfe und Erleichterung zu gewähren. Auch soll baldigst ein Sachverständigenausschuss eingesetzt werden, der die Ursachen der sich häufenden Hochwasser zu untersuchen und mit tunsichler Beschleunigung Vorschläge zur Eindämmung der Hochwasser ausgearbeitet hat.

In der fortgesetzten allgemeinen Aussprache über den Etat des Reichsjustizamts kritisierte Genosse Dr. Rosenfeld den wiederholten Ausschluß der Öffentlichkeit in den Hemoprozessen, die zu der Auffassung zwängen, daß durch solche Heimlichkeiten die Hintermänner dieser dunklen Mächte geschützt werden sollten und fragte dann weiter, wie es jetzt mit der Praxis der Begnadigung in Landesverratsprozessen stünde. Wir hätten doch jetzt bessere Beziehungen zum Ausland. Die bisherige Rechtsprechung, von der er verschiedene Fälle anführte, sei vollkommen unhaltbar und habe Deutschland innen- und außenpolitisch schon den schwersten Schaden zugefügt. Wie könnten heute noch Verurteilungen wegen Landesverrat aufrecht erhalten werden, die erfolgt seien, weil Mitteilungen über die Schwarze Reichswehr an die Öffentlichkeit gebracht wären. Ueber die Schwarze Reichswehr haben die Entente-mächte schon lange weit genauer Befehd gehabt als die deutschen Abgeordneten. Die Ausführungen von Dr. Rosenfeld wurden vom Abgeordneten Dr. Haas (Dem.) lebhaft unterstützt.

Gen. Dr. Rosenfeld wandte sich dann nochmals dem Falle Wandi zu und kritisierte die Ablehnung des Wiederaufnahmegesuchs durch das Reichsgericht auf das schärfste. Selbst der Reichsanwalt habe die Wiederaufnahme bestritten. Für die Ablehnung seien Gründe angeführt, die das Gegenteil von dem behaupten, was in dem ursprünglichen Urteil gesagt worden sei. Auch der Abgeordnete Dr. Haas (Dem.) bezeichnete die Begründung des reichsgerichtlichen Urteils gegen Wandi als einen schweren außenpolitischen Fehler. Wenn das Reichsgericht schon solche Streiche mache, dann dürfe man sich freilich nicht wundern, daß die Gerichte der Länder in ähnliche Fehler verfielen. Staatssekretär Soel erklärte, daß eine Veränderung der Gnadenpraxis bei Verurteilungen wegen Landesverrats generell nicht eintreten werde und wies die Angriffe von Dr. Rosenfeld auf das Reichsgericht zurück. Er wurde darin von dem Vorstehenden des Rechtsausschusses, dem Abg. Dr. Kahl (D. Sp.) unterstützt. Dieser mußte allerdings auf eine Frage von Dr. Rosenfeld zugeben, daß er die Reichsgerichtsurteile nicht gelesen habe.

Genosse Dr. Vandersberg wandte sich gegen Äußerungen von Dr. Geminger (Bogr. Sp.), der die Einsetzung von parlamentarischen Untersuchungsausschüssen, insbesondere des neuesten über die Hememorde sowie die sensationelle Berichterstattung der Presse über Gerichtsverhandlungen getadelt hatte. Was den Untersuchungsausschuss für die Hememorde betreffe, so sei dessen Existenzberechtigung nicht zu bestreiten. Nur derjenige könne ihn fürchten, der nicht wolle, daß in die Hintergründe der Hememorde hineingesehen werde. Konflikte zwischen dem Ausschuss und den Gerichten und der Staatsanwaltschaft könnten nicht eintreten, denn es würden nur die Akten über bereits rechtskräftig erledigte Sachen zur Untersuchung herangezogen werden. Die Beschwerden über sensationelle Projektberichterstattung in der Presse seien nicht unbegründet. Die Sensation gehöre eben leider zu einer gewissen Presse, aber man müsse feststellen, daß es im Ausland nicht besser, sondern eher schlimmer als bei uns sei. Man dürfe auch nicht verkennen, daß die Gerichte selber häufig mitschuldig seien. Der Prozeß der Gräfin Bothmer z. B. sei von Amts wegen zu einer großen Sensation aufgebläht worden, wären die Diebstähle von einer einfachen Arbeiterfrau begangen worden, so wäre der ganze Fall wahrscheinlich in ein bis zwei Stunden vollkommen erledigt gewesen. Die sozialdemokratische Parteipresse, das wolle er ausdrücklich feststellen, mache diesen Unjug nicht mit Genosse Dr. Vandersberg verlangte zum Schluß seiner Rede, daß die Gerichtskosten und Anwaltsgebühren unbedingt abgebaut werden müßten.

Aufsichtsrat Franz Behrens.

Seit längerer Zeit versucht die ausländische Zündholzindustrie, die deutschen Unternehmungen zum Anschluß an den ausländischen Markt zu veranlassen. Da das auf Schwierigkeiten stieß, wurde eine besondere — äußerlich deutsche — Aktiengesellschaft gegründet, die diese Aufgabe unter neutraler Flagge durchführen soll. Dieses Unternehmen, die Norddeutsche Zündholz A. G., deren Kapital kürzlich von 1 auf 5 Millionen Mark erhöht worden ist, unterliegt zu vier Fünfteln dem ausländischen Einfluß. Die Kapitalerhöhung ist vorgenommen worden, um die Verhandlungen über den Erwerb mehrerer deutscher Zündholzfabriken erfolgreich zu beenden, nachdem die Zündholzfabrik August Kolbe u. Co. in Janow bereits für 880 000 M. gekauft wurde.

So weit handelt es sich nur um eines der üblichen kaufmännischen Geschäfte, das für die breitere Öffentlichkeit ohne besondere Bedeutung ist. Ein besonderes Gesicht erhält diese Angelegenheit aber durch die Tatsache, daß der Versuch, eine deutsche Industrie vollständig an das Auslandskapital anzuschließen und die deutschen Verbraucher der Macht eines Auslands trusts zu unterwerfen, von dem deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Franz Behrens tatkräftig unterstützt wird. Herr Franz Behrens, der wegen der Finanzierung der Befreiungsversuche von Hememördern von der Leitung des christlichen Landarbeiterverbandes entbunden wurde, scheint sich nun auf geschäftlichem Gebiet betätigen zu wollen. Er ist nämlich Mitglied des Aufsichtsrats der Norddeutschen Zündholz A. G. geworden. Will Herr Franz Behrens, diese Fierde der deutschnationalen Reichstagsfraktion, etwa mit seinen wahrscheinlich nicht geringen Aufsichtsratsanteilen einen neuen Fonds schaffen, um die Befreiungsaktion für Hememörder fortzusetzen?

Worte statt Taten.

Die neue Regierung zur Erwerbslosenfürsorge.

Der soziale Ausschuss des Reichstags hat seine Beratung über die Knappschaftsnovelle unterbrochen, um in der Sitzung vom 8. Februar das vom Reichskanzler Dr. Luther angekündigte Programm der neuen Regierung zur Erwerbslosenfürsorge im einzelnen entgegenzunehmen. Ministerialrat Dr. Welger gab einleitend einen Bericht über den Stand des Arbeitsmarkts, monach bisher von einer Verbesserung nicht die Rede sein kann. Die monatlichen Ausgaben für die unterstützte Erwerbslosenfürsorge werden von der Regierung mit 114 Millionen, die Beitragseinnahmen mit 40 Millionen geschätzt, monach also 74 Millionen vom Reich auszubringen wären. Diese Schätzung ist von der Sozialdemokratie bereits in den Beratungen des Haushaltsausschusses als falsch bezeichnet worden.

Auf Grund dieser unangünstigen finanziellen Situation erklärte die Regierung nunmehr, nur die dringlichste Aufgabe, nämlich die Kurzarbeiterunterstützung in Angriff nehmen zu wollen. Es wurde eine Verordnung angekündigt. In allen übrigen Fragen, Erhöhung der Unterstützungssätze, Aufhebung der Karenzzeit, Verlängerung der Dauer der Unterstützung und in der Gewährung von ein maligen Beihilfen an die Ausgesesserten soll nichts geschehen. Die wohlwollenden Worte, die der Reichskanzler Dr. Luther in seiner Regierungserklärung für die notleidenden Erwerbslosen gebraucht hat, waren also nichts als Redensarten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird nunmehr von sich aus zu der morgen stattfindenden Ausdehnung der erforderlichen Anträge einbringen.

Der Tugendbund.

Von Paul Gutmann.

Bulgaren und Griechen konnten einander bis vor kurzer Zeit, wie man zu sagen pflegt, nicht riechen. Einige behaupten, daß den Bulgaren die griechische Küche, in der Knoblauch bevorzugt wird, worüber schon Aristophanes gespottet hatte, unympathisch sei, während die Griechen den Geruch von Jogurt und Juchten bei den Bulgaren nicht ausstehen konnten. Andere wieder führen die traditionelle Feindschaft auf den griechischen Kaiser Basilus Bulgarotonos, den Bulgarenmörder, zurück, der etwa im Jahre tausend über zwanzigtausend gefangenen Bulgaren die Augen ausstechen ließ, was in jenen barbarischen Zeiten ein Lieblingsport der Herrschenden gewesen sein muß; ferner auf die Tatsache, daß die Bulgaren eine fatale Vorliebe für griechische Frauen und Mädchen zeigten. Wie dem auch sein mag, die Feindschaft war vorhanden.

Nun vernehmen wir zu unfer freudigen Ueberraschung, daß beide Nationen sich auf einem gemeinsamen Boden, dem der Sittlichkeit, gefunden hätten. Nachdem Paganos, der griechische Diktator, das Tragen der kurzen Röcke verboten hatte, ließ es den Bulgaren keine Ruhe und sie erklärten den modernen Längen den Krieg. Am Hofe des Königs und bei allen Leuten, die etwas auf sich halten, dürfen nur noch Polka und Walzer und die nationalen Tänze getanzt werden. Vermutlich haben zum Zerfall des alten Hellas die nackten Beine, die uns an den griechischen Statuen noch heute so entzücken, wesentlich beigetragen, und vielleicht erblickten die Bulgaren im Boston und Schimung eine Art Carmagnole, wie sie vor der Pariser Guillotine getanzt wurde. Immer war es der Ausbruch elementarer Natur, der einer Revolution voranging, und wie es höchst verderblich war, daß die Frauen des Thermidor ihre entblößten Brüste zeigten, so verraten vielleicht die kurzen Röcke einen bevorstehenden Vulkanausbruch. Wer weiß, ob diese verdächtige Jugend, die sich zu den Tänzern primitiver Völker bekennt, nicht höchst Verwerfliches im Schilde führt, und ob es nicht besser sei, zu den frommen Polkas und Wälzern des Wiener Kongresses zurückzukehren. Eine Königin können wir uns nur mit langer Schleppe vorstellen, und es ist wahrscheinlich sehr unflug, wenn die hübsche Städterin dieselben kurzen Röcke trägt, wie ein gewöhnliches Bauernmädchen, dem sie doch imponieren sollte. Solch ein plumper Bauernschädel könnte auf recht unpopuläre Gedanken kommen.

Jedenfalls haben Griechen und Bulgaren sich a einer gemeinsamen Plattform gefunden. Rein Bulgarenmörder braucht diese mehr ihrer Augen zu gebrauen, wenn sie auf griechische Frauen und Mädchen gar zu lusterne Blicke werfen. Bei den Klängen des Donauwalzers werden sie sanft von Freundschaft träumen, und wenn Boris seine Penelope im Arm hält, wird er die freudige I.bergzeugung haben, ein Pionier der Sittlichkeit in Europa zu sein.

Dichterabend im Reichstag.

Sonntag war es und abends um acht, Dunkelheit und mächtige Kälte lagen schon über der Stadt, für die Kinos, die Kabarets, die Theater war das wohl richtige Zeit, nicht aber für eine Reichstags-sitzung für den Ernst, für die Arbeit. Doch obwohl auf keinem der Türme des Wallot-Baus die schwarzrotgoldene Fahne flatterte, herrschte um die sechste Stunde ein Andrang wie bei ganz großen Tagen. Lange vor Beginn der Sitzung war der Saal überfüllt. Hunderte mußten stehen, feierlich waren die männlichen, festlich die weiblichen Abgeordneten gekleidet. Georg Engel eröffnete die Sitzung, zu der der Verband deutscher Erzähler geladen hatte, begrüßte die Erschienenen, die vielen Würdenträger unter ihnen und insbesondere den Dichter Arthur Schnitzler, mit ihm eine große Künstlerin, die die Pflicht habe, Kostbares von keinem Werk zu künden: Elisabeth Bergner. Das war nun ein rührendes, unvergessliches Bild, wie die berühmte Schauspielerin, in dem Moment ein armes Häscherl, jaghaft, bubifösig und mit märchenhaftem Silberweiß behängt, auf dem Blag des deutschen Reichstagslers hockte, neben ihr der Wiener Dichter, sinnig sah er auf dem Blag des Außenministers. Vom hochheiligen respektablen Stuhl des Reichstagspräsidenten aus sprach die Bergner mit knobenhaft klarer Stimme Schnitzlers Novelle „Fraulein Else“. Sie schuf sie neu, lebte sie vor, ließ tausend Menschen miterleben, hatte eine Stunde der Gnade, wie sie selbst den Größten nur selten geschenkt wird.

Nachdem das traurige Erlebnis von Fräulein Else, der Bürgerin mit dem Goldva-Erlebnis, verklungen war, brach ein Beifallsdonner los, aus allen Bänken, von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken, wie er selbst in diesem oft lärmvollen Hause nur selten gehört werden wird. Der Dichter kam nunmehr selbst an die Reihe, seine Vorlesung wirkte erfrischend, hell war es im Saal, heller auch das Thema seiner Wahl, obgleich es von keinem Selbstmord handelte, um niemals ausgeführten Selbstmord des I. L. Deutnant Gustl“ nämlich. Der Wiener Poet offenbarte bei dieser Gelegenheit eine charmante Vortragskunst. Auch ihm jubelte man nicht wenig zu, demonstrierte gern dabei auch für seiner Heimat politischen Anschluß an die deutsche Republik; der österreichische Gesandte war im Hause. Groß war dieses Abends Erlebnis.

Erich Gottgeir.

Wieviel deutsche Zeitschriften gibt es? Es ist während der Inflationszeit viel von dem „Sterben“ der deutschen Zeitschriften die Rede gewesen, aber nach der internationalen Statistik für das Jahr 1924, die Erich Körner für das Berner Urheberrechtsbureau bearbeitet hat, befinden sich die deutschen Zeitschriften „in voller Reifezeit“. Die Gesamtzahl der regelmäßig in deutscher Sprache erscheinenden Zeitschriften wird auf 16 000 geschätzt; dazu gehören freilich alle Zeitschriften deutscher Junge. Im Jahre 1924 wurden 883 Zeitschriften neu gegründet; für die drei ersten Monate von 1922 ist die Zahl noch günstiger; es sind nämlich 314. 1908 gab es in Deutschland 8040 Fachzeitschriften; 10 Jahre später, am Ende des Weltkrieges, waren es nur noch 4800. 1924 betrug die Zahl wieder 4730, wovon 448 land- und hauswirtschaftliche Fragen, 305 Literatur und Politik, 295 industrielle und technische, 233 medizinische Fragen behandelten.

Zu dieser „Bilderstürmerei“. Es berührt eigentümlich, in der Berliner Seesallee Friedrich Wilhelm II., das Bild gedanklicher Beschränktheit und unbefriedigter Sinnlichkeit, mit Kant an einem Denkmal verbunden zu sehen; den König, eine unrühmliche Episode preußischer Geschichte, in voller Gestalt auf dem Postament, den großen Philosophen als Büste bescheiden über dem Halbrund der hinteren Marmorwand emporragend. Jener, ohne Verdienst, durch das bloße Recht der Geburt auf einen hohen Platz gestellt, ein leichtsinniger Feind geistigen Fortschritts, der das rollende Rad der Weltgeschichte zum Stillstand oder zur Gegenbewegung bringen will — und Kant, der Handwerkerlehre, der sich zum König im Reiche der Wissenschaft aus eigener Kraft emporgearbeitet hatte. ... Und nun bedenke man, was dieser Mann gerade unter Friedrich Wilhelm II. und durch ihn erleiden mußte, und man wird es begreifen, daß er am wenigsten dazu auseinander werden durfte, dessen Regierungszeit zu verherrlichen.

So zu lesen in dem Bändchen „Immanuel Kant“, geschrieben nicht etwa von einem Revoluter, sondern von ordentlichen Universitätsprofessoren der Philosophie, Kälte und Wessler, und erschienen 1917, also noch unter der Monarchie Wilhelms II.

Erstes dänisches Theaterstück in Deutschland. Das dänische Theaterensemble von Aarhus gab Ende Januar das erste dänische Theaterstück auf öffentlicher deutscher Bühne im Staatstheater Flensburg. Kulturelle Zusammenarbeit führender deutscher und dänischer Kreise hat alle Hindernisse und Bedenken hinweggeräumt, die seit 1864 öffentliche Theaterveranstaltungen in Flensburg und der übrigen deutschen Nordmark unterbunden hatten. Holbergs alte Komödie „Grasmus Berg“, die höchstes Gelehrtentum geistvoll verpöppelt, fand vor ausverkauftem Hause in guter Besetzung der männlichen Rollen brauenden Publikumsbeifall. Die Frauengestalten waren bis auf eine Ausnahme künstlerisch unzureichend besetzt, die Regie wenig modern. Durch dieses erste dänische Schauspiel ist nun auch der Weg frei für deutsche Theaterveranstaltungen im abgeleiteten Gebiet.

Bildungsblat. In Leningrad haben sämtliche 120 Volksbibliotheken die Vorchrift erhalten, bis Ende Februar die ganze belletristische Literatur aus der Vorkriegszeit zu entfernen. Falls nach diesem Termin in den Bibliotheken die alle „schädliche“ Literatur zu finden sein wird, sollen die Bibliotheksteiler zur gerichtlichen Verantwortung gezogen werden. In den Leningrader Zeitungen, die diese Verordnung publizieren, ist nicht gesagt, welche von den alten Autoren zu den „schädlichen“ gehören. Es verleiht jedoch, daß „Schädliches“ selbst bei Puschkin, Turgenjew und Tolstoi gefunden wurde.

Beifall Drecks „Bast“ wird von der Kunnen Bühne Sonntag, vorm. 11 1/2 Uhr, nicht im Festungstheater, sondern im Deutschen Theater aufgeführt. Welche Karten müssen an der Kasse des Deutschen Theaters umgetauscht werden.

Der deutsche Kulturkrieger Derrard Shaws, ein Verban von Friedrich Trebitsch, Abteil am 8. 2 in der Berliner Seesallee Anzifendamm 232 hat Professor Kramerschildt wurde am Montag in Berlin in sein neues Amt als Direktor der Kunstvereins- und Landesvereinsstelle der Stadt Berlin sowie der Gewerbeberatungsanstalt für die Rheinproving eingeführt.

Der Todesritt der deutschen Flotte.

Ein englischer Fachmann über deutsche Admiralsmärchen.
Der Admiral v. Trotha ist als Zeuge vor dem Dittmann-Ausschuss seinen feststehenden Glauben daran kund, daß ein Ausfall der deutschen Flotte Deutschlands Sieg in letzter Stunde heraufgeführt hätte. Nun stellt sich jedoch heraus, daß die Todesfahrt der deutschen Kriegsflotte von englischen Fachkreisen ganz erheblich anders beurteilt wird als von Herrn von Trotha und seinen deutschen Kollegen.

Ein englischer Marinesachmann, namens Maurice Brendergast, von 1916 bis 1921 Herausgeber des Flottenhandbuchs „Fighting Ships“ („Kampfschiffe“) bewies in einer Aufschrift an die „Daily News“ nämlich, daß der deutsche Angriffsplan ein Hereinfall für die Deutschen selbst gewesen wäre. Einmal ist der britische Admiralität der deutsche Plan durch ihren Spionagedienst bekannt gewesen. Dann veröffentlichte im Spätherbst 1918 eine holländische Zeitung eine durchaus wahrscheinlich klingende Darstellung des deutschen Angriffsplanes. Ferner hatte man in London den deutschen Angriffsplan als eine verumteltete Idee der deutschen Seeleitung selber ausgearbeitet und viertens — und das ist die Hauptfrage — erzählt Brendergast folgendes:

„Seit dem April 1918 begann die deutsche Marine in der Höhe des Birtch of Tag ein großes Minenfeld zu legen. Das erregte nun gleich das ganz besondere Interesse der Engländer. Alle früheren deutschen Minenfelder befanden sich dicht an der Küste, bemerken die Seidung der Handelschiffahrt und hatten einen zu kleinen Umfang. Das neue Minenfeld dagegen war viel größer und lag in offener See. Die Auslegung der Minenfelder wurde in größtem Maßstab unternommen. Nach der Auslage eines deutschen Marineoffiziers arbeiteten nicht weniger als fünfzig Unterseeboot-Minenleger an der Auslegung des großen Minenfeldes. Das fiel den Engländern auf, sie trafen Gegenmaßnahmen und wählten dabei das Geheimnis in vorbildlicher Weise. Wenn eine neue Partion Minen verlegt war, so wurde sie sofort von den britischen Minenjägern besetzt. Nicht weniger als 60 Minenjäger wälzten sich Ende Oktober 1918 der Aufgabe, das Minenfeld am Belle Rod zu säubern.

Ende Oktober hörte das Minenlegen auf. Offenbar betrachtete die deutsche Marine den Bau der Kolossalmine als beendet. Nun begannen sich deutsche Unterseeboote am Offende des von ihnen gelegten und von den Engländern ohne ihr Wissen besetzten Minenfeldes als „Torpedonester“ zu ver sammeln. Der „Tag“ sollte nun folgendermaßen verlaufen: die deutsche Hochseeflotte sollte in ihrer gesamten Stärke ihre Operationsbasis verlassen und einen schweren Angriff auf die englische Südküste und den Kanal ausführen. Die britische Kompflotte würde zum Gegenangriff aus ihren schottischen Operationsbasen herauskommen und mitten auf das Minenfeld von Belle Rod oder in den Bereich der „Torpedonester“ stoßen. Die Reste, die der Zerstörung in der Kieselallee entgingen, würden dann von der deutschen Hochseeflotte bei Terschelling abgefangen und vernichtet werden.

Der ganze Plan beruhte darauf, daß er geheim blieb. Aber dies Geheimnis war von uns völlig gelöst worden. Am Abend des 8. November lag die deutsche Hochseeflotte fertig zur Ausfahrt. Hätte sie die Ausfahrt gemacht, so wäre sie völlig zugrunde gegangen. Der Reichsausschuss sollte, so schloß Brendergast ironisch seine Mitteilungen, den deutschen Matrosen, die durch Reuterei die letzte Ausfahrt der Hochseeflotte verhinderten, wirklich dankbar sein. Denn wenn die Mannschaften nicht gemeutert, wenn die deutsche Flotte ihren Angriffspunkt durchzuführen hätte, so würde sich der Untersuchungsausschuss die nächsten zwanzig Jahre dem Versuch widmen müssen, herauszubekommen, warum die deutsche Flotte im November 1918 eine der verheerendsten Katastrophen erlitt, von denen die Seekriegsgeschichte berichtet.“

War das Minenfeld aber besetzt, dann war der Angriffsplan der deutschen Seekriegsleitung zerstört. Die schottische Flotte hätte freien Weg nach dem Süden. Wäre die deutsche Flotte ausgefahren, dann wäre sie von Norden in die Zange genommen worden und aller Voraussicht nach höchstens knapp davongekommen, wenn nicht Mäglichkeit von überlegenen Streitkräften vernichtet.

Man wird mit Spannung die Erwiderung der deutschen Marinekreise auf die sensationellen Feststellungen des Engländers abwarten. Um die Unerschlichkeit des Frevels der meuternden Matrosen zu beweisen, stellten sie bisher den Sieg in der Todesfahrt als sicher hin. Wollten sie sich jetzt nicht selbst lägen strafen, dann müßten sie zugestehen, von den englischen Gegenmaßnahmen nichts geahnt und nichts gegen sie vorbereitet zu haben. Mit blinden Augen wollten die deutschen Admirale in die Grube stürzen, die sie den Engländern gegraben hatten. Die Matrosen haben die Hochseeflotte vor dem kriegerischen Untergang gerettet, in den sie die Seekriegsleitung hineinführen wollte. Wieder ist eine Dolchstoßlegende zerstört.

Die Preussische Städteordnung.

Zurückziehung des Entwurfs

Auf der kommunalpolitischen Tagung der Demokraten ist am Sonntag ein Antrag auf Zurückziehung der Preussischen Städteordnung einstimmig angenommen worden. Dazu schreibt der „Demokratische PresseDienst“:

„Die demokratische Landtagsfraktion hat schon vor dem obliegenden Beschluß des kommunalpolitischen Ausschusses der deutschen Demokratischen Partei zu der Frage der Preussischen Städteordnung Stellung genommen und ist im Hinblick auf dieses Gesetz ebenfalls zu einer Ablehnung gelangt. Bei der Ablehnung des vorliegenden Gesetzeswurfs war für die Demokraten entscheidend, daß bei einer Annahme eine Reihe notwendiger kommunaler Reformen für die nächsten Jahre unmöglich würden. Ebenso entscheidend war die Tatsache, daß der vorliegende Gesetzentwurf dem demokratischen Gedanken der Selbstverwaltung nicht entspricht. Dazu kam, daß das große Werk der Verwaltungsreform empfindlich dadurch geschädigt werden würde, wenn diesem Werk durch die jetzige Art und Weise ein Teil hinweggenommen würde. Die demokratische Fraktion hat den Sonntagabend daher leinestwegs als eine Unfreundlichkeit aufgefaßt, sondern dieser Beschluß deckt sich durchaus mit ihrer eigenen Stellungnahme. Nach zuverlässigen Mitteilungen besitzen auch bei anderen Parteien ernste Bedenken gegen die Gesetzesvorlage, so daß damit zu rechnen ist, daß die Preussische Städteordnung nach ihrer jetzigen Gestalt nicht Gesetz werden wird.“

Es wird keinen für die Idee der Selbstverwaltung eintretenden Politiker geben, der der neuen Preussischen Städteordnung in ihrer jetzigen Fassung eine Kränze nachweihen wird. Sie bedeutet in wichtigen, entscheidenden Punkten einen so starken Rückschritt, daß man den jetzigen Zustand einer beklagenswerten Zersplitterung des Kommunalrechts einer Reform vorziehen wird, die von allen Anhängern der freien Gemeindefahrt verworfen wird.

Vollständige Inflation in Frankreich. Das Vinkartell hat gestern bei einer Bezirkswahl in Paris-Boulogne eine Niederlage erlitten. Obwohl die Kommunisten auf eine Kandidatur verzichtet hatten, erhielt der Kandidat des Kartells nur 2161, der Kandidat der Rechtspartei 2227 Stimmen.

Der deutsche Gesandte in Budapest, Graf Welczet, ist abgerufen und hat sich von Horthy und Genossen bereits verabschiedet. Sein Nachfolger ist noch nicht ernannt. Der Geschäftsträger leitet die Gesandtschaft.

Von Hamel, bisher Leiter der Rechtsabteilung des Völkerverbundsekretariats, wird bereits in den nächsten Tagen Genf verlassen, um sein neues Amt als Oberkommissar von Danzig anzutreten.

Gegen die Reichsbahnverwaltung.

Einnütigkeit des Reichstags.

Die Sitzung des Reichstags wird um 3¼ Uhr vom Präsidenten Röbe eröffnet. Am Ministertisch hat neben dem Reichsverkehrsminister Krohne Reichsaussenminister Stresemann Platz genommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Reichsaussenminister Dr. Stresemann das Wort, um zu erklären: In der Sitzung der Italienischen Kammer seien über das Verhältnis Italiens zu Deutschland Ausführungen gemacht worden, die die deutsche Regierung zwingen, baldige Stellung dazu zu nehmen. Er bitte, die dazu eingebrachte Interpellation auf die Tagesordnung der morgigen Sitzung zu setzen. — Am Schluß der heutigen Sitzung soll darüber Beschluß gefaßt werden.

Abg. Schulz (Komm.) stellt den Antrag, daß auf die heutige Tagesordnung ein von den Kommunisten eingebrachter Gesetzentwurf über Kurzarbeiterunterstützung gestellt wird.

Abg. Aufhäuser (Soz.):

Der Reichstag kann sich nicht länger der Pflicht entziehen, die Frage der Erhöhung der Kurzarbeiterunterstützung selbst in die Hand zu nehmen. Durch die Passivität der Regierung ist der Ausschuss in seinen Beratungen bisher lahmgelegt worden. Heute morgen hat die Regierung im Ausschuss endlich ihre Maßnahmen gegen die Erwerbslosennot angeündigt. Es befindet sich nicht darunter die Erhöhung der Unterstützung (hört, hört), die Karenzzeit soll bleiben, die Kurzarbeiterfrage soll in neuer Weise geregelt werden, die ganz unzulänglich ist. Jetzt ist kein Tag mehr zu verlieren, um das wieder einzuholen, was durch die Passivität der Regierung bisher verläumt worden ist. Wir werden heute noch unsere Anträge dazu formulieren und sie morgen dem Ausschuss einreichen. Es ist deshalb zweckmäßig, jetzt keine Debatte darüber zu führen.

Nachdem sich Abg. Schulz (Komm.) mit diesem Vorschlag einverstanden erklärt, wird der kommunistische Antrag ohne Aussprache dem sozialpolitischen Ausschuss überwiesen.

Drei deutschnationale Anträge auf Aenderung des Reichslohnvertragsgesetzes und der Reichsversicherungsordnung, sowie zu Maßnahmen gegen die Stellenlosigkeit von älteren Angestellten werden debattenlos dem Ausschuss überwiesen.

Es folgt die Beratung des ersten Teilberichts des Ausschusses über die

Rechtsverhältnisse der Reichsbahn.

Ueber die Ausschussverhandlungen berichtet Abg. Groß (Z.). Der Ausschuss legt folgenden Antrag vor:

I. Die derzeitige Personalpolitik der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft findet nicht die Billigung des Reichstags. Insbesondere, weil die Beratung des Reichsbahn- und Reichsbahnpersonalgesetzes im Reichstag abgegebenen Erklärungen und Zusicherungen nicht eingehalten werden.

II. Die Reichsregierung soll ersucht werden, ihren Einfluß auf die Deutsche Reichsbahn-Gesellschaft geltend zu machen, damit

1. die Rücküberführung von planmäßigen künftigen Beamten in das Arbeiterverhältnis endgültig aufhört,
2. der weitere Massenabbau von Beamten und Arbeitern eingestellt und etwa noch nötige Personalveränderungen durch natürliche Abgang erledigt werden,
3. die durch den nachträglichen Abbau in bestimmten Bezirken entstandene Rechtsungleichheit und materiellen Benachteiligungen beseitigt werden,
4. die in das Arbeitsverhältnis überführten ehemaligen planmäßigen Beamten in erster Linie wieder in das Beamtenverhältnis zurücküberführt werden,
5. die rechtlichen und geistlichen Folgen der unter unzulässigem Druck (Drohungen mit Kündigung und Verlust des Barverdienstes) erfolgten Rücküberführung ins Arbeiterverhältnis wieder gutgemacht werden.

III.

Ferner:

a) einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem geeignete Barverdienstbeamte der früheren Reichsbahn unter Wahrung der Bestimmungen des Reichsbeamtengesetzes zum Dienst bei der Reichsbahn-Gesellschaft herangezogen werden können,

b) dafür Sorge zu tragen, daß Personalvertreter in den Verwaltungsrat berufen werden,

c) Verhandlungen zur Aenderung des Reichsbahngesetzes, insbesondere des § 24 einzuleiten und dem Reichstag möglichst bald einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.

Abg. Steinkopf (Soz.):

In die Erörterung der Verhältnisse bei der Reichsbahn spielt auch der Konflikt zwischen der Reichsbahn und dem Reichsarbeitsministerium hinein. Bieleicht trägt das reinigende Gewitter, das heute über die Reichsbahn-Gesellschaft niedergehen soll, dazu bei, um auch diesen Konfliktstoff zwischen der Reichsbahn und dem deutschen Volke zu beseitigen. Der Teilbericht des Ausschusses demütigt vor Personalfragen, es kommen aber auch noch andere Fragen, so der Tarif und der finanziellen Verhältnisse in Betracht. Durch den Bericht wird der Märtyrerpfad gezeichnet, den die Beamten der Reichsbahn bisher gegangen sind. Auf diesem Wege liegt der Verlust von Rechten und der Aufzwingung von Maßnahmen bis zur Verpflüchtung, Streikbrecherdienste zu leisten. Ich fühle mich verpflichtet, allen beteiligten Beamten den Dank für ihre treue Pflichterfüllung auszusprechen. Trotz der Behandlung, die sie erfahren haben, erfüllen sie ihre Pflicht im vollen Maße. Um so mehr ist es notwendig, jetzt volle Klarheit über die Rechtsverhältnisse bei der Reichsbahn zu schaffen. Heute glauben ja verschiedene Parteien Triumphe feiern zu können, sie behaupten, alles vorausgesetzt zu haben, wie es gekommen ist. Aber der Weg vom August 1924 war der einzig mögliche, um überhaupt zu geordneten politischen Verhältnissen zu kommen. Ein anderer Weg war damals nicht möglich. (Sehr richtig! bei den Soz.) Was wir beklagen ist, daß die Entwicklung der inneren Zustände der Reichsbahn

einen Gang genommen hat, der mit dem Reichsbahngesetz nichts mehr zu tun hat.

Es wäre vielleicht nicht soweit gekommen, wenn man sich damals entschlossen hätte, auch das Personal in den Verwaltungsrat hineinzunehmen. Manche Mitglieder des Verwaltungsrats wissen nichts davon, wie es unter dem Personal zugeht. Wenn ein Vorwurf erhoben werden kann, so ist es der, daß wir den deutschen höheren Beamten zu sehr verurteilt haben. Es waren deutsche höhere Beamte, die die Verhandlungen geführt, die im August 1925 Versprechungen gemacht haben, auf die wir uns stützen. In diesem Vertrauen sind wir außerordentlich schwer getäuscht worden. Einer dieser höheren Beamten hat einmal gesagt, sie fühlten sich als Treuhänder des Deutschen Reichs, aber zur Reichsbahn gehören nicht nur die Maschinen, die Schienenwege usw., sondern in erster Linie die Beamten. Von einer pflichtlichen Behandlung der Beamenschaft bei der Eisenbahn haben wir aber nichts gespürt; es sei denn, wie sich die höheren Beamten behandelt haben. Es ist mir ganz unerträglich, daß die höheren Beamten, die doch in dem alten Eisenbahnbetriebe aufgewachsen sind, jetzt so in dem großen kapitalistischen Betrieb aufgehen und ihre ganze Vergangenheit vergessen können. Man hat den Anschein, daß hier nicht mehr „Wirtschaftler“, sondern wildgewordene Bürokraten am Werke sind. (Sehr wahr! bei den Soz.) Unter den unteren Beamten herrscht das Empfinden, daß die hohen Bezüge dazu beigetragen haben, die

höheren Beamten in diese Stellung hineinzubringen. Die Reichsbahnverwaltung ist mit vollem Bewußtsein auf die Entwicklung, wie wir sie jetzt sehen, hingefeuert. Wenn Sinnes, wie es keine Absicht gewesen ist, die Reichsbahn in seine Hand bekommen hätte, dann hätte es auch nicht schlimmer kommen können. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die grundlegende Frage ist, ob die Reichsbahnbeamten Beamten im Sinne der Reichsverfassung sind. Die Meinungen und Urteile gehen darüber auseinander. Wir erwarten von der Regierung eine Zusammenstellung dieser Urteile, damit wir eine Klarstellung der Frage erzielen können. Doch nicht schon längst eine solche Klarstellung erfolgt ist, fällt jenen höheren Beamten zur Last, die damals die Kommodoren getroffen haben. In der Begründung des Reichsbahngesetzes ist ausdrücklich gesagt worden, daß die Reichsbahnbeamten Beamte im Sinne der Reichsverfassung sind. Nun frage ich: Wie verhält sich diese Zusicherung mit dem, was den Reichsbahnbeamten bisher widerfahren ist? (Sehr richtig! bei den Soz.)

Es ist den Beamten nichts anderes als die Pflichten übrig geblieben, die Rechte hat man ihnen genommen. Man unterstellt sie dem Disziplinargericht der Reichsbahn, man erläßt für sie besondere Gesetze, aber man verweigert ihnen die Rechte der anderen Beamten. Wenn man aber den Beamten die Pflichten gibt, dann muß man ihnen auch die Rechte der Reichsbeamten lassen. Sogar die Möglichkeit, ihr Wahlrecht bei den kommunalen Vertretungen auszuüben, wird ihnen genommen. Man hat den Eisenbahnbeamten versprochen, daß ihnen die wohlverdienten Rechte gesichert werden. Dieses Versprechen muß auch gehalten werden. Sie können sich auch nicht damit einverstanden erklären, daß sie ohne Wartegeld abgebaut werden. Aber gerade bei der Eisenbahn ist ein Abbau vorgenommen worden, wie bei keiner anderen Behörde des Reichs. Besonders schlimm ist man gegen die technischen Angestellten vorgegangen. Der Reichstag hat verlangt, daß mit dem Abbau ein Ende gemacht werde, doch die Reichsbahn hat sich danach nicht gerichtet. Heute erst habe ich ein Schreiben eines Maschinenpuffers aus Dresden erhalten, dem nach jahrzehntelanger Dienstleistung jetzt gekündigt worden ist. Wie aber geht der Abbau bei der Reichsbahn vor sich? Die ständigen Kräfte werden entlassen; dafür werden nichtständige Kräfte eingestellt. (Hört! hört!) Bei der Überführung der Angestellten in das Beamtenverhältnis ist ihnen alles Mögliche versprochen worden, nichts davon wurde gehalten. Sie und da haben wir Widerungen erreicht, aber eine generelle Zuräumung dieser Verhältnisse ist nicht durchgeführt worden. Die Beamten werden in Arbeiterverhältnisse übergeführt, trotzdem sie weiter Beamtendienste leisten müssen. (Hört! hört! bei den Soz.) Die Reichsbahn erklärt, sie habe kein Geld, um größere Löhne zu tragen. Die Reparationsverpflichtungen wären aber nicht gefährdet gewesen, wenn die Reichsbahn-Gesellschaft ihre beamtentechnischen Maßnahmen unterlassen hätte. Hat sie denn sparsam gewirtschaftet, wo es notwendig war? Es wurden Leistungszulagen bezahlt, die das Personal korrumpieren sollen, die höheren Beamten haben hohe Zulagen erhalten, den Direktoren werden ungeheure Gehälter gezahlt. Hier ist Geld vorhanden, nur nicht für das Personal. Für ein solches Verfahren haben wir kein Verständnis. Besonders schlimm treibt sie es im Konflikt mit den Arbeitern. Der Plan der Reichsbahn-Gesellschaft ging dahin, erst das Streikrecht illusorisch zu machen; jetzt aber will sie die Arbeiter in den Streit ziehen. Den vorliegenden Anträgen werden wir zustimmen, trotzdem wir der Überzeugung sind, daß es nicht eher zur Ruhe bei der Reichsbahn kommt, bis die Verhältnisse gründlich beseitigt sind. Die Reichsbahnverwaltung hat bisher nichts getan, um auf die Stimmung der Bevölkerung Rücksicht zu nehmen. Wir müssen ihr jetzt zeigen, daß nicht die Reichsbahn das Reich, sondern das Reich die Reichsbahn regiert. (Beif. Beifall bei den Soz.)

Reichsverkehrsminister Dr. Krohne:

Wir stehen hier vor einer recht unangenehmen Situation. Nach einem Jahre ihrer Wirksamkeit hat kein Reich im Reichstag nicht etwas für die Reichsbahn-Gesellschaft übrig. (Sehr wahr!) Um objektiv zu sein, muß man anerkennen, daß die Gesellschaft gezwungen war, mehr Personal zu übernehmen, als bei ihren Reparationslasten verträglich war. Andererseits aber hat auch die Leitung der Gesellschaft zu wenig in ihren Rechnungen der Stimmung Rechnung getragen, die in dem verarmten deutschen Volke angesichts der immer wachsenden Notlage herrscht. (Sehr wahr!) Die ausländischen Herren in der Leitung hatten als Vorbild ja ganz andere Eisenbahnunternehmungen als die alte staatliche Eisenbahn. Es muß jedoch anerkannt werden, daß die deutschen Unterhändler seinerzeit viel erreicht haben, vor allem die Aufrechterhaltung des Reichsbeamtencharakters der Reichsbahnbeamten. Wir werden uns weiter mit aller Gewalt gegen jeden Versuch sträuben, diesen Beamtencharakter zu beseitigen. Dabei sind uns leider Grenzen gesetzt durch die einschränkende Bestimmungen des § 24 des Reichsbahngesetzes. Auch auf dem gegebenen Rechtshoden wird sich aber manches zur Abstellung der Beschwerden des Personals erreichen lassen. Gegen das jetzt bei der Reichsbahn geltende System der Leistungszulagen habe ich schon früher Bedenken geltend gemacht.

Abg. Dr. Koch-Düffel (Dem.): Das Verhalten der Reichsbahn-Gesellschaft steht oft im Widerspruch mit dem allgemeinen Rechtsempfinden, aber auch mit den früheren Zusicherungen der Herren, die heute noch die Verantwortung für die Verwaltung der Reichsbahn-Gesellschaft tragen. Im Gegensatz zu diesen Zusicherungen habe die neue Personalordnung wesentliche Verschlechterungen für das Personal gebracht. Im besetzten und ehemals besetzten Gebiet habe die Reichsbahn-Gesellschaft im Gegensatz zum unbesetzten Gebiet den Abbau ohne Entschädigung und Wartegeld vorgenommen. Diesen „Dank des Vaterlandes“ hätten die Eisenbahner nicht verdient.

Abg. Groß (Ztr.) bezeichnet die Personalpolitik der Reichsbahn-Gesellschaft als einen Bruch der Zusagen, die bei der Errichtung der Gesellschaft vom Generaldirektor Oeser und von anderen leitenden Persönlichkeiten gemacht wurden. Die Masse des Personals werde in ihren Lohn- und Arbeitsbedingungen dauernd verschlechtert, während einer Gruppe leitender Beamten verschmänderlich Zuwendungen gemacht würden.

Abg. Schulz (Komm.) meint, bei der Beratung der Domesgesetz hätten die Redner der Reichsparteien ganz anders gesprochen als heute. Die Kommunisten hätten damals schon die ungünstigen Wirkungen der Errichtung der neuen Reichsbahn-Gesellschaft vorausgesehen. Ihre Voraussetzungen hätten sich durchaus bewahrheitet.

Abg. Schulz-Stenly (Dem.) führt aus, die Entwicklung der Reichsbahn-Gesellschaft habe bewiesen, daß die Enkulturation staatlicher Betriebe den von manchen Wirtschaftsgruppen und Parteien davon erwarteten Segen nicht bringt. Der Redner verurteilt das Verhalten der Leitung der Reichsbahn-Gesellschaft, vor allem ihre Personalpolitik, die allen früher gegebenen Zusagen widerspreche. Besonders aufreizend wirkte die Nichtdurchführung des vom Reichsarbeitsminister verbindlich erklärten Schiedsvertrags. Die dafür gegebene Begründung, daß die dazu erforderlichen 20 Millionen nicht vorhanden sind, sei offensichtlich falsch. Es müsse in diesem Falle einmal festgestellt werden, daß die Reichsbahn-Gesellschaft nicht extraterritorial, sondern der deutschen Gesetzgebung unterworfen ist.

Abg. Dr. Gildemeister (D. Sp.) weist darauf hin, daß nach der Gesellschaftslehre nicht der Verwaltungsrat, sondern der Generaldirektor die Verantwortung für die Reichsbahn trägt. Die übermäßig hohen Bezüge der leitenden Beamten seien bedenklich, weniger wegen ihrer finanziellen als wegen ihrer physiologischen Wirkung auf die übrige Beamtenschaft.

Um 7¼ Uhr wird die Beratung abgebrochen. Das Haus verläßt am Dienstag 2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen die Mussolini-Interpellationen.

Gewerkschaftsbewegung

Berufsausbildung und Facharbeitermangel.

Von maßgebender Stelle erhielten wir folgende Zuschrift: Der durch die Kriegsjahre verursachte Geburtenausfall wird vom Jahre 1928 an auf dem Arbeitsmarkt in Erscheinung treten. Diese Tatsache veranlaßt seit längerer Zeit Berufsberater, Volkswirtschaftler und auch Arbeitgeberkreise, sich mit der dann eintretenden Knappheit an jugendlichem Arbeiternachwuchs und den eventuell daraus sich notwendig machenden Maßnahmen zu beschäftigen. In den Gewerkschaften sind diese Dinge selbstverständlich auch beachtet worden, wenn auch erklärlicherweise hier die Besorgnis vor einem künftigen Arbeitermangel keine große Rolle spielt, denn die jetzige Wirtschaftslage bietet keine Ursache dazu. In einer dem Reichsarbeitsminister im November v. A. vom ADGB übermittelten Denkschrift ist die Auffassung der Gewerkschaften niedergelegt. Sie sehen als notwendigste Maßnahme die gesetzliche Neuordnung des Lehrlingswesens an, um einmal möglichst das Ueberfließen sogenannter Robeherufe mit Arbeitsträften zu vermeiden und zweitens, um den Mißbrauch, der in unzulässigen Fällen mit der Lehrlingshaltung getrieben wird, zu beseitigen. Wenn Regierung und Arbeitgeber Sorge haben, daß zukünftig nicht genügend Facharbeiter vorhanden sein werden, so müssen sie eben die gewerkschaftlichen Forderungen erfüllen, die den Gewerkschaften Gleichberechtigung auf dem Gebiet der Berufsausbildung bringen sollen. Denn nur durch Mitwirkung der Arbeitnehmer wird es möglich sein, über den Gruppen- und Einzelegoismus hinwegzukommen, der immer wieder bewirkt, daß bestimmte Berufsgruppen eine unnerhältnismäßig hohe Zahl von Lehrlingen an sich zu ziehen, bzw. daß bestimmte Betriebe ohne Rücksicht auf die Interessen des Berufs und auf die Möglichkeit, selbst Facharbeiter zu beschäftigen, sich mit großem Eifer einer umfangreichen „Lehrlingsausbildung“ widmen. In dieser Hinsicht stehen manche Großbetriebe hinter den berüchtigten Lehrlingszüchtern aus dem Kleinergewerbe nicht zurück. Scharfe Maßnahmen in der angegebenen Richtung im Verein mit einer zeitgemäßen Festsetzung der Kostgeldentschädigungen für Lehrlinge würden die Befürchtung, daß ein zu großer Teil der künftig geringeren Zahl der Jugendlichen sich von vornherein den sogenannten „germten“ Beschäftigungen zuwendet, völlig gegenstandslos werden lassen.

Dem Reichsverband der deutschen Industrie besteht seit einiger Zeit ein „Arbeitsausschuß für Berufsausbildung“, der Ende Januar eine größere Tagung abhielt, die sich mit den hier gestellten Fragen beschäftigte. In Entscheidungen werden die Industrievertretungen der einzelnen Berufe und Orte aufgefordert, mehr als bisher bei den Berufsberatungstellen und den Berufsschulen mitzuwirken. Eine weitläufige Berufspolitik solle getrieben, und den hilfsbedürftigen Berufen zu dem notwendigen Nachwuchs verholfen werden. Zum Abschluß dieser Besprechung gab Herr v. Borjg als Vorsitzender eine wichtige Erklärung ab, in der er nach Preisermäßigungen sagte, daß mindestens bei einem Teil der vom Arbeitsausschuß für Berufsausbildung bearbeiteten Fragen ein Zusammenarbeiten auch mit sachverständigen Vertretern der Arbeitnehmer durchaus erwünscht sei und daß es hoffentlich gelingen werde, eine geeignete Form für diese Zusammenarbeit zu finden.

Die Gewerkschaften sind seit jeher für eine Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiet der Berufsausbildung eingetreten. Sie werden bei der Regelung jener so stark interessierenden Fragen ihre Bereitwilligkeit zur Mitwirkung nicht auf die geforderten, durch Gesetz zu erfassenden paritätischen Körperchaften beschränken. Für durch freiwillige Vereinbarungen zustande gekommene paritätische Arbeitsausschüsse wird für sie derselbe grundsätzliche Standpunkt gelten. Gerade die gegenwärtige Zeit der Umwandlung der Arbeits- und daher auch Ausbildungsmethoden läßt den Gewerkschaften ein Mitwirken am Studium der daraus entstehenden Probleme als besonders wertvoll erscheinen. Es ist deshalb wohl mit Recht anzunehmen, daß es nicht schwer sein wird, beiderseitigen guten Willen vorausgesetzt, die geeignete Form für solche Zusammenarbeit auf diesem Gebiete zu finden. Diese gemeinsame Tätigkeit könnte viel Gutes für den jugendlichen Nachwuchs, für die Arbeiterschaft überhaupt und auch für die gesamte Volkswirtschaft ergeben.

An die Kraftdroschkenführer!

Die Kraftdroschkenführer haben zu morgen, Mittwoch, eine Demonstration geplant, zu der sie auch die Kraftdroschkenführer heranziehen wollen. Der Deutsche Verkehrsverband ersucht jedoch die Kraftdroschkenführer, an dieser Demonstration der Unternehmer sich nicht zu beteiligen. Die Begründung für diese Stellungnahme erfolgt in einer der nächsten Nummern des „Vorwärts“.

Zum Schiedsspruch im Bankgewerbe.

Wie der Allgemeine Verband der deutschen Bankangestellten mitteilt, hat er den Schiedsspruch vom 3. Februar unter der Begründung abgelehnt, daß die in ihm enthaltene Verschlechterung der Arbeitszeitregelung gegenüber dem Württembergischen Schiedsspruch deshalb einen um so unerträglicheren Rückschritt bedeutet, als gleichzeitig die Bankleitungen einen weiteren Personalabbau planen. Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankangestellten steht demgegenüber auf dem Standpunkte, daß das vorhandene Personal bei regulärer Arbeitszeit nicht mehr ausreichen würde, die Arbeitslast zu bewältigen und daß es deshalb gerade im dringenden öffentlichen Interesse liege, wenn der Richtertag im Bankgewerbe wieder eingeführt würde. Der Allgemeine Verband wird deshalb mit aller Energie den Kampf um dieses Ziel weiterführen.

Zur Jahresversammlung der Buchbinder.

In unserem Bericht in Nr. 62 des „Vorwärts“ war gesagt, in der Diskussion sei kritisiert worden, daß der Verbandsvorstand die Verbindlichkeitsklärung eines Schiedsspruches eigenmächtig herbeigeführt habe. Die Ordungsverwaltung des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter teilt uns hierzu berichtend mit, daß nicht ein Schiedsspruch für verbindlich erklärt worden ist, sondern der Mantelvertrag für die V. D. B. Buchbinder, sowie der Mantelvertrag für die Kopfbetriebe mit den dazu gehörenden Lohnabkommen für allgemein verbindlich erklärt wurden. Der Antrag auf Allgemeinverbindlichkeitsklärung ist vom Verbandsvorstand auf einstimmigen Beschluß des Tarifsausschusses, der verantwortlichen tariflichen Instanz, beim Reichsarbeitsministerium eingereicht worden.

Vom Arbeitsmarkt in Westfalen.

Essen, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Auf dem westfälischen Arbeitsmarkt hat sich in der letzten Woche die Zahl der Arbeitssuchenden nicht geändert; die Zahl der Hauptunterstützungs-

empfänger ging durchschnittlich um 1,3 Proz. zurück. Von den Erwerbslosen gehören etwa zwei Drittel dem Bau- und Berggewerbe an. Die Landwirtschaft zeigt infolge der günstigen Witterungsverhältnisse eine lebhaftere Nachfrage nach Arbeitskräften. Im rheinisch-westfälischen Steintohlenbergbau ist die Arbeitsmarktlage nach wie vor außerordentlich ungünstig. Infolge Betriebseinsparungen auf den Schachtanlagen der Zeche „Kaiserstuhl“ im Dortmund-Berliner Bezirk sind noch etwa 500 Mann zur Entlassung gekommen. Immerhin dürften die am Anfang des Jahres ermittelten Zahlen von rund 40 000 arbeitslosen Bergarbeitern im rheinisch-westfälischen Industriebezirk auch jetzt noch nicht überschritten sein. Die Zahl der Pflanzschichten betrug in der Woche vom 24. bis 30. Januar wegen Abfahrmangel 96 919, das sind arbeitsfähig 16 153, und wegen Betriebsstörungen 2123, das sind arbeitsfähig 420. In der Hüttenindustrie hat die Arbeitsmarktlage eine geringe Besserung erfahren. Auch in den Klödder-Berufen wurden die Betriebsurlaubten wieder eingestellt.

Schlichtungsüberhandlungen in der Kaliindustrie.

Bochum, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Arbeitgeberverband für die Kaliindustrie hat das Reichsarbeitsministerium zur Schlichtung der Mantelvertrags- und Arbeitszeitstreitigkeiten in der Kaliindustrie angerufen. Verhandlungen wurden für Dienstag, den 9. Februar, in Berlin im Reichsarbeitsministerium angelehrt.

Die Bergarbeiter-Internationale.

Bochum, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Das Exekutivkomitee der Bergarbeiter-Internationale hat für den im August in Krakau stattfindenden Internationalen Kongress der Bergarbeiter folgende Tagesordnung festgesetzt: Grubenarbeit, ungelernete Arbeiter im Bergbau, Arbeiterversicherung, Pensionen, Arbeitslosenversicherung, Arbeitszeit und Lohnfragen, bezahlter Urlaub. Ueber die Frage der Rationalisierung wird das Komitee dem Kongress eine Entschließung vorlegen.

Waltung: SPD, Gattler, Vorsteher u. a. 7 Uhr bei Hemling, Alexandrinerstraße, 44: Versammlung aller Kollegen der Waltung im Liederdam. — Wichtige Tagesordnung! Jeder Betrieb muß vertreten sein.	Der Fraktionsvorsitzende: Bergmann Rosenthal. Heute nachm. 4 Uhr Fraktionsversammlung der SPD-Gesellen im Albrechtshof, Fontaneustraße 30. Erscheinen aller Gesellen ist Pflicht.
Waltung: Gasbetriebsgesellschaft Marienbohl! Heute nachmittags 4 1/2 Uhr, im Lokal von Köpke, Rathhaus, Ecke Bergstraße, wichtige Versammlung aller SPD-Gesellen.	Die Obsteute: SPD, Fießer! Heute, abends 8 Uhr, im Lokal Köpke, Neue Friedrichstraße, wichtige Fraktionsversammlung. Mitgliedsbuch der Partei gilt als Querschnitt.

Gewerkschafts-Unterausschuß Schöneberg.

Freitag, 12. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Einheitslokal, Schöneberg, Hauptstr. 14, Versammlung aller freiwillig mitwirkenden Arbeitssuchenden, die auf dem Schöneberger Arbeitsmarkt einströmen. „Arbeitslosenstabium und Gewerkschaften“. Weiterer: Kollege Böhm. Zutritt haben nur Kollegen, welche die Gewerkschaftsbescheinigung des Reichsarbeitsnachweises Schöneberg und einen gültigen Ortsnachweis vorweisen können. Die Delegierten des Unterausschusses und die Betriebsräte der Schöneberger Betriebe werden ersucht, an dieser Versammlung teilzunehmen. (Siehe auch 1. Beilage.)

Verantwortlich für Politik: Ernst Reuter; Wirtschaft: Erich Salfer; Gewerkschaftsbewegung: A. Strümpf; Fraktionen: Dr. John Schlawski; Dofolen und Genossen: Fritz Rahnert; Anzeigen: Th. Gode; sämtlich in Berlin. Verleger: Hermann Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Hermann-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Carl Ziemer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 1. Hierzu 2 Beilagen und „Unterhaltung und Wissen“.

Zweite WEISSE WOCHEN

ir bringen in dieser Woche weisse Waren aller Art welche z.T. eigens für diesen Zweck aufgestapelt

sowie andere vorteilhafte Angebote zu enorm billigen Preisen zum Verkauf

Mengenabgabe vorbehalten

Außerdem: **Billige Lebensmittel**

Berl. Mettwurst 98 Pf.

Mettwurst n. Braunschwg. Art 140 Pf.

Kablau Seelachs ohne Kopf, im Ganzen 20 Pf.

Schellfisch 20 Pf.

Tilsiter Käse 78 Pf.

Kam. Backobst 60 Pf.

Frisch gebrannter Kaffee 240 Pf.

Damen-Hemden mit voller Achsel, aus gutem Wäschestoff, mit Stickereigarnierung 1⁴⁵

Trägerhemden aus gutem Hemdentuch, mit Stickerei reich garniert 1⁶⁵

Nachthemden aus gutem Hemdentuch, mit gesticktem Motiv und Hobliaum reich ausgefattet 3²⁵

Louisianatuch ca. 80cm breit 65 Pf.

Dowlas Lakenbreite, gute Qualität 175 Pf.

Louisianatuch ca. 150 cm breit 145 Pf.

Damen-Hemdchusen Windelform, aus gutem Wäschestoff, verschiedene Ausführungen 2⁷⁵

Garnituren Hemd und Beinkleid, mit schönem Stickerei-Ansatz 4⁷⁵

Prinzessröcke Jumperform, gut Hemdentuch, mit Stickereiansatz 2⁴⁵

Damen-Bekleidung

Jumper aus kunstseid. Trikot, mit bunter Malerei, in vielen Farben 2²⁵

Jumper aus Kephir, schöne Strümpfen, offen u. geschl. zu tragen, mit Taschen, nett verarbeitet 2⁹⁰

Hemdb'use Panama, gute Qualität 3⁵⁰

Wollkleider kariert, in moderner Glockenform 17⁵⁰

Moulinémantel verpackt, Farben, mit Silberstreifen 16⁵⁰

Velourskostüme in verschiedenen Stufen 29⁵⁰

Damen- und Herren-Schuhwaren

Damen-Hausschuhe mit Kordelsohle, verschied. Stoffe 1⁴⁵ 1⁹⁵

Leder-Hausschuhe mit biegsamer Ledersohle, gute Ausführung 2⁹⁰ 3⁴⁰

Herren-Gamaschen in verschiedenen Farben, gute Verar. 1⁹³

Damen-Spangenschuhe mod. schöne Formen, ver. 10⁵⁰ 12⁵⁰

Herren-Sliefel u. Halb-schuhe schwarz mod. Form, gute Verarbeitung 12⁵⁰

Strümpfe

Damen-Strümpfe pa. Make, m. Doppelsohle, Hochf. u. Nakt 95 Pf.

Damen-Strümpfe prima Seidenfaser, m. Doppelsohle, Hochf. u. Nakt 125 Pf.

Herren-Socken prima Seidenfaser oder Jacquard, mod. Muster 95 Pf.

Schweißsocken gut verstärkt 45 Pf.

HERMANN TIETZ

Leipziger Str. Alexandrplatz Frankfurter Allee



Moloch Geld

einen festen Vertrag machen, mit vierwöchentlicher Kündigung. Der Bewerber strahlt und fragt: 'Da werd' ich denn wöchentlich hundert Mark verdienen?' 'Ja, das heißt,' der andere schaut ihn an, wie man ein Kind anschaut, das etwas recht Dummes gesagt hat; 'das heißt, Sie können noch mehr verdienen, wir haben Herren, die sogar 200 Mark verdienen. Wir bringen nämlich — und dabei zieht er zwei Flaschen mit einer milchigen Flüssigkeit aus der Tasche — einen epochenmachenden Schlager heraus, 'Fleckenwasser für Weg'. Das kaufen die Leute rasend. Sie haben nur die Geschäfte zu besuchen, Kleinigkeit, sag ich Ihnen, Sie bekommen 25 Proz. 'Ach ja,' — sagt der Bewerber, 'ich dachte eine Bureautätigkeit mit festem Einkommen' — und lacht enttäuscht zusammen. 'Na, mal' ihm der andere aber aus, was er bei seiner Firma schaffen könnte, und spielt so langsam auf die dreihundert Emm hin, die man erwartet. Der Bewerber ringt mit sich; hier die Möglichkeit zu verdienen, dort, wenn er die Gelegenheit vorüberläßt, wieder die Latenzlosigkeit, die am Ersparten zehrt. 'Ich würde es versuchen,' entschließt er sich und schlägt vor, im Kontor der Firma gleich den Vertrag perfekt zu machen. Ob er denn auch das Geld bei sich habe, fragt der 'Chef' und murmelt dann etwas von 'hier erledigen, Fabrikationsgeheimnis', und spricht betrübt davon, daß so viele 'Hörcher' lämen, die für die böse Konkurrenz nur schnüffeln wollten. Die Frage nach Sicherheit für die 'Einlage' wird mit geblähter Brust 'unter Warenlager' beantwortet. 'Ja, nachher, wenn man das Geschäft perfekt hätte,' tröstet der 'Chef'. Das stimmt entschieden bedenklich und veranlaßt den Bewerber, sich die Sache erst zu überlegen, er will sich doch erst einmal über die 'Fabrik' erkundigen. Es ginge vielleicht auch mit Zweihundert, ermuntert der andere. Borerst genügt ihm aber eine Beschäftigung, die seine letzte Hoffnung zerstört, denn die 'Fabrik' ist auf dem bezeichneten Grundstück nur als Hinterhausmohung zu haben und legitimiert sich mit einem wenig ermutigenden Papierstück. Der Bewerber rechnet: für 300 Mark gibt es genügend Aktien, man kann davon auch einige hundert mit der mühsigen Mühseligkeit füllen, für deren Vertrieb dann der neugeborene Vertreter mit dem 'Vertrag' in der Tasche sich die Stiefelsohlen durchkäuft.

Geld bedeutet Macht, — und die Macht des Besitzes zeigt sich in unseren Tagen, die ein großes Volk noch immer in Schicksalsfiebern schütteln, in seiner ganzen grausamen Härte. Schwer ist es, mit leeren Händen sich dagegen zu wehren; darum treibt menschliches Sinnen um Erwerb zu Besitz, — zur Macht, gefährliche Blüten, die jeden Tag sich unverhüllter zeigen und im Schutze unserer Großstadtmohung sich lieblicher denn je zu entfalten.

Anstellung als Finanzier.

Worum soll es das nicht geben? Verlockend ist es doch, wenn man wochen- und monatlang auf der Straße gelegen hat und einem nun feste Anstellung versprochen wird, wenn man seinen Chef in spe — dafür nur — — — einige Hundert auf den Tisch blättern muß. Einmal heißt das 'Interesseneinlage', Schätzigere nennen es Kautions-, die Welt ist doch so 'unehrlich' geworden. Sucht da ein 'Unternehmen' tüchtige Mitarbeiter, die bei angenehmer Tätigkeit einhundert Reichsmark pro Woche verdienen können. Bedingung: 300 Mark 'Interesseneinlage'. — Und siehe da, den bangenden Bewerbern flattert ein vertrauenswürdiges Schreiben der Chemischen Fabrik 'I', Berlin NW, ins Haus, das ihn zu einer Besprechung in ein Lokal in der Linienstraße — Auskunft am Büfett — bestellt. Das kann den Seelenfrieden des Bewerbers keineswegs stören, werden doch in unzähligen Berliner Lokalen täglich Geschäfte gemacht und Verträge geschlossen, die ganz andere Summen wie summierte dreihundert Mark in Bewegung bringen. Dem hoffenden Bewerber, der dem Wirt in der Linienstraße das Schreiben unter die Nase hält, fliehet doch ein wenig das Vertauen, als er an einen Mann verweilen wird, der in der äußersten Ecke mit zigarettenrauchenden Fingern so ein richtiges Kautionsfrühstück aufspießt. Nach der Vorstellung, die sich auf der einen Seite in der bescheldenen Form bangender Erwartung vollzog, während der andere mit majestätischem Kopfnicken einen Namen in der Runde herauswies, wird dem StellungsSuchenden eröffnet, daß das 'Berl' gewillt ist, ihn einzustellen. 'Wir werden

wird ihm die Wichtigkeit und die Verantwortlichkeit seines künftigen Tuns wichtig offenbart. Hat er doch nicht nur einige Bogen Briefpapier zu hüten wenn der Herr 'Direktor' nicht dabei ist; er bekommt doch auch Kenntnis von den riesigen Transaktionen seiner Firma — siehe oben: Fünfundzwanzig für Hundert. Wägheln Sie bitte nicht, aufmerksamer Leser, schöne Leserin, wenn Sie daran denken, was für Geheimnisse des Geschäftes täglich zu Ihren Ohren gelangen, wie Sie täglich Werte durch Ihre Hand gehen lassen — ohne Kautions. Aber die Welt ist ja zu — u schlecht, daß der Geschäftsmann sich schämen müsse — durch Kautions, denn das Geld ist knapp.

Der Selbstgeber.

Er bietet seine Hilfe natürlich nur unter Chiffre an, damit der Geldsuchende nicht ohne Vorbereitung in sein 'Bureau' hineinstapelt, denn das äußerst schätzbare Mobiliar und die Kohlrübenluft könnten entscheiden die Mission des rettenden Hafens verderben. Über die da bangend hinkommen, werden in Fragen eingehüllt, die die graue Umgebung vollkommen vernebeln. 'Haben Sie eigene Wohnung? Sicherheiten?' — 'Rein, mit Bürgen laße ich mich nicht ein.' 'Gut, wir werden sehen.' 'Ich brauche eine Auskunft.' 'Kosten zehn Mark, im voraus natürlich.' 'Also drei Prozent Zinsen monatlich, — zehn Prozent Provision für mich und sämtliche Spesen geben natürlich vom Darlehn ab.' 'Am,' — sagt der Geldsuchende, 'ich denke, Sie sind Selbstgeber?' 'Natürlich, — natürlich meine Auftragsgeber.' Wenn der Darlehnsuchende, gegen dreifache Sicherheit, rechnet, was ihm sein Darlehn kostet, dann wird ihm doch bänglich. Es soll aber doch schon vorgekommen sein, daß der 'Selbstgeber' Darlehn ausgezahlt hat, von deren Erträgen er aber nicht leben könnte, das müssen die Auskünfte bringen.

Kettengeld.

Nicht zu verwechseln mit den Rängen, welche die Südbahnen schon aufgereiht um den braunen Hals tragen. Das trägt noch irgendein Unbekannter, von dessen Existenz die beiden Droschkentischer, die eifrig mit einem eleganten Gehpelz in einem Kaffee der Friedrichstraße verhandeln, in der Tasche. Sie wollen sich umstellen in 50 PS statt Hofermotor und brauchen nun noch Geld für die erste Anzahlung. Der verkaufte Joffe hat zu wenig gebracht. Der Gehpelz ist derjenige, welcher, — aber er stört die Aufstehenden auf, daß er es nicht ganz wirklich ist, sondern die Frau Direktor'. Um elf Uhr sollte sie hier sein. Aber wie Frauen nun einmal sind: pünktlich um 12 Uhr rauscht sie heran und mit ihr der Herr Ingenieur B. Sie erklärt vorsichtig, daß sie noch Herrn F. erwarte, das sei derjenige... Die weiterroten Geschlechter werden bedenklich. 'Na, redet und redet, nachdem der Herr F. sich eingestellt hat, und einigt sich zwischen Kaffee und dampfenden Zigarren auf eine Form, die den angehenden Droschkenschaffensuren das ersuchte Geld und den übrigen Beteiligten nette Provisionen und Zinsen bringen soll. Mit den kleinen Hanswagnen, die man aussersehen hatte, weil sie billig waren, wird es nichts, denn die Wagen müssen natürlich bei dem Ingenieur B. gekauft werden, der sie alle-dings teurer liefert. Aber dafür bleibt dann das schöne Geld in der Familie, wo es doch viel, viel bessere Früchte bringt, als bei den bösen Fremden, die nicht teilen wollen.

Wenn einer verheiratet ist! Der Kampf um eine Stellung.

In dem bitteren Kampf um das tägliche Leben, dem zweifelten Ringen um eine Stellung hatte der kaufmännische Angestellte H. falsche Angaben über seine Personalien gemacht. Nun hatte die Staatsanwaltschaft gegen ihn Anklage wegen schwerer Urkundenfälschung erhoben, die vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte verhandelt wurde. H., der Familienvater ist und monatlang ohne Beschäftigung war, wurde an verschiedenen Stellen, bei denen ihm fast schon die Einstellung winkte, im letzten Augenblick immer wieder dann zurückgewiesen, wenn er angeboten machte, verheiratet zu sein. Als seine Lage um Tag zu Tag trostloser, die Aussicht, Arbeit zu finden, durch diesen einzigen Punkt hoffnungslos wurde, gab er bei einer neuen Bewerbung an, er wäre ledig und — kam in den glücklichen Besitz einer Position. Eine Zeilang ging alles gut, dann verlangte seine Firma die Steuerkarte. In der berechtigten Furcht, durch seine falschen Angaben von neuem arbeitslos zu werden, und in der Erinnerung an die eben erst durchgemachte schwere Zeit der Not entschloß sich der Angeklagte, auf der Steuerkarte das 'verheiratet' in 'ledig' eigenmächtig zu ändern.

Onkel Moses.

Roman von Schalom Wsch.

Ihres Mannes eifriges Vornehmen und innige Frömmigkeit, welche daheim ihren Stolz und ihr Glück bildeten, hatten hier in ihren Augen wenig Wert, und weil die Maschine Berl so früh zum alten buckligen Manne gemacht hatte, so hatte er sein ganzes Ansehen in ihren Augen verloren. Er hatte in seinen alten Tagen ein schweres Leben bei seiner Frau.

'Nun pack' deine Sachen zusammen und mach' Platz, die Kinder müssen ihr 'Breakfast' haben.' Genendel liebte es sehr, im Sprechen die ihr neuen Worte, welche die Kinder gebrauchten, anzuwenden.

Gleich, gleich; es ist schon Tag, die Gesellschaft steht schon auf, wandte sich Berl an seinen Bruder mit einem Wächeln, das aus seinen klaren, runden Augen leuchtete, nahm seine Bücher und legte sie in einen Winkel. 'Weißt du, Aaron, daheim habe ich bei Tag gelebt, zusammen mit allen Menschen, in der Zeit, da sie wach sind. Hier lebe ich bei Nacht, wenn alle schlafen. Was bin ich denn bei Tag? Gar nichts, ein ormer Schürzenmädler, sitze zwischen italienischen Christenmädchen und nahe Schürzen und Hemden. Ich bin gar nicht bei meiner Frau und bei meinen Kindern. In der Nacht aber, wenn alles schläft —, siehst du, da bin ich wieder Berl, lerne mein Blatt Gemora, lese, was der oder jener Tanait sagt, genau so wie zu Hause. Da ist es mir, als wäre ich daheim im Beih Hamdrach und lerne. Das Amerika ist doch eine verkehrte Welt! Hier lebt man bei Nacht und ist bei Tag tot.'

4. Bruder Berl und seine Kinder.

'Charlie, Charlie, steh auf; wird's bald, alle sind schon angezogen.' Die Mutter weckte den Burschen, welcher in der Küche im Klappbett schlief, gegenüber dem Platz, wo der Vater lernte.

'Was, er schläft noch, der Herr Student? Er glaubt wohl, daß er daheim ist? Er wird wieder seine Stelle verlieren und wir werden für ihn arbeiten müssen,' so meldete sich Dwojre, Berl's älteste Tochter, ein Mädchen von einigen zwanzig Jahren; sie kam aus dem nächsten Zimmer in Hut und Jackett, zum Fortgehen fertig, und aus ihrem dunkelbraunen Gesicht bligte ein frisches Augenpaar; nur die etwas zu dicken Lippen und die blauen Wern auf dem Hals, der sehr dünn war, gaben ihrem Aussehen etwas Bemitleidenswertes, worüber sich das älteste Mädchen sehr bekümmerte.

Seit Dwojres jüngere Schwester Rachel vor ihr geheiratet hatte, war Dwojre geradezu unerträglich geworden.

'Er ist schon aufgestanden, was willst du von ihm?' antwortete ihr die Mutter ärgerlich.

Charlie, dessen Haarschopf voll Federn war und auf dessen Gesicht noch der Schlaf lag, fuhr auf, als hätte er Feueralarm gehört, und sah sich verwundert um. Er fand sich aber bald in seine Lage, rieb sich die Augen und begann sich langsam anzufleiden.

'Mama, ist denn das Frühstück noch nicht fertig? Ich danke schön, ich werde mein 'Breakfast' draußen essen. Ich habe keine Zeit zu warten, damit mir der Borarbeiter einen Ahyug vom Lohne macht.'

'Aber Dwojre, gleich, der Kaffee steht ja schon auf dem Tisch. Der Vater hat sich nur ein wenig mit dem Beten verspätet. Der Onkel ist da. Siehst du, da ist es schon, was willst du?' Hurtig lief die Mutter zu dem kleinen Herd.

'Das geht mich nichts an; Onkel hin, Onkel her, wenn ich komme, muß mein Frühstück auf dem Tisch stehen. Ich kann nicht dem Onkel zuliebe zu spät kommen.'

'Dwojre,' rief der Vater, während er die Tüllin zusammenlegte, 'Dwojre!'

Dwojre, welche sich noch gut des Vaters von einst erinnerte, die guten Zeiten im Gedächtnis hatte, da der Vater ein angesehenere Chassid in dem kleinen polnischen Städtchen gewesen war, und ein schönes Haus geführt hatte, Dwojre, welche die schlimmen Zeiten mitgemacht hatte, da der Vater immer mehr verarmte, die als schon erwachsenen Mädchen mit der Familie nach Amerika gekommen war, empfand vor dem Vater eine gewisse Achtung, weit mehr als die anderen Kinder. Als der Vater 'Dwojre' rief, erinnerte sie sich der Heimat, der Wohnung in dem kleinen Städtchen, erinnerte sich, wie Vater und Mutter sie mit diesem Namen gerufen hatten. Sie blieb stehen und wollte der Mutter das Frühstück auftragen helfen, wie sie es gewohnt war; doch als sie Charlie sah, der sich geißelt und ohne Eile ankleidete, da verdroß es sie.

'Well, bei uns geht doch alles verkehrt!' Dwojre war das erste von den Kindern, das in Amerika Geld verdient und der Mutter nach Hause gebracht hatte. Sie hatte vom ersten Tag an, da sie nach Amerika gekommen war, Geld verdient — und deshalb hielt sie sich für die wirkliche Herrin des Hauses. Sie war neidisch auf ihre jüngeren Brüder und Schwestern, daß sie noch die Schule besuchen konnten, der eine ein Jahr, der andere zwei. Sie hatte gleich

arbeiten gehen müssen, und da war sie der Meinung, sie habe als einzige für den Haushalt gearbeitet, obwohl ihre Brüder und Schwestern schon längst selbst arbeiteten und Geld verdienten; doch am meisten war sie auf ihren jüngeren Bruder Charlie neidisch, welcher noch als Kind nach Amerika gekommen war und viel länger die Schule besucht hatte als die anderen Kinder; und obwohl er schon erwachsen war, ging er doch nicht ständig arbeiten, sondern lernte weiter und besuchte an den Abenden 'preparatory schools', während er bei Tag gelegentlich arbeitete, wo es sich gerade traf, manchmal kürzer oder gar nicht. Die Schwester vergönnte es dem Burschen nicht, daß er eine Colleege bezöge und es am Ende zum Advokaten bringen würde, was sein Wunsch war. Sie hegte die feste Meinung, nur für Charlie hätte sie in der Jugend so schwer gearbeitet, und mir seinetwegen seien ihre Lippen und Hände so dick und ihr Hals so dünn und mit blauen Adern durchzogen... Seinetwegen sei sie eine alte Jungfer geblieben...

'Nun, mein 'Breakfast' wird schon nicht verderben. Es findet sich ein Abnehmer dafür,' rief sie mit einem schiefen Blick auf Charlie.

Der Bursche antwortete der Schwester nicht. Er war an solche Szenen von Jugend auf gewöhnt. Charlie verstand seine Schwester und hatte Mitleid mit ihr. Und als wäre er wirklich schuldig, weil er auf ihre Kosten herangewachsen war, hüllte er sich in Schweigen.

'Well, was gibt es? Wieder die 'Hausfrau'?' ertönte Klaras Stimme aus dem nächsten Zimmer. Sie trat ein, ebenfalls in Hut und Mantel, Klara war viel jünger als ihre Schwester; sie hatte in Amerika ein Jahr die Schule besucht und hatte eine feinere Beschäftigung; sie war Verkäuferin in einem Damenhutgeschäft. Die Eleganz, welche in ihrem Berufe notwendig war, war an ihren Kleidern und Bewegungen zu merken.

'Anghow, Mama, sie ist doch nicht allein die Hausfrau hier, wir tragen doch auch etwas zum Haushalt bei. Nicht, Mama?'

Die Schwester aber hörte Klaras Worte nicht mehr, sie war bereits hinter der Tür.

'Räume schon endlich deine Tefilin, dein Gebetbuch und deinen Talls auf, Räume sie doch schon auf; das alles geschieht deinetwegen. Wenn der Morgen kommt, dann breitet er sich so aus, daß die Kinder keinen Platz zum Frühstück haben,' so ließ Genendel ihren Kummer und ihre Sorgen an ihrem Manne aus.

(Fortsetzung folgt.)

Die letzte schwere Anklage, auf die bei Verlegung mildernder Umstände Zuchthaus steht, war die Folge. Unbegreiflicherweise vertrat der Staatsanwalt auch nach der Beweisaufnahme, die das oben geschilderte Ergebnis ergab, noch denselben Standpunkt und beantragte gegen den völlig unbescholtenen H., dem er allerdings „wirklich“ mildernde Umstände zubilligte, wegen schwerer Urkundenfälschung eine Gefängnisstrafe von 6 Monaten! Der Verteidiger trat den Ausführungen des Staatsanwalts scharf entgegen und bat das Gericht, auf den schweren wissenschaftlichen Kampf des Angeklagten Rücksicht zu nehmen, der zuletzt in verzweifelter Angst, wieder seine Stellung zu verlieren, gehandelt habe. Der Verteidiger machte ferner geltend, daß der Schaden, der entstanden wäre, nur H. selbst trafe, der als Lehrling billiger arbeite, aber einen höheren Steuerlag zahlen mußte. Das Gericht schloß sich denn auch diesen Ausführungen an, hielt nur einfache Unterschlagung für vorliegend und verurteilte den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 30 Mark.

Schmerzende Augenweide.

Die Großstadt ist die Stadt der Gegenläge. Wo die reichen Leute wohnen, sammeln sich in den Läden die Genuß verheißenden Schätze aller Zonen, in den Quartieren der Armen liegt das Notwendige aus, auf den beschneidenden Käufer wartend. In den Geschäft- und Kaufstraßen ist der Prozeß des Anlockens zur höchsten Entfaltung gelangt; die frühere Einfachheit der Auslagen, die bei geschickter Wahl der Gegenstände vornehm wirkte, hat der markt-schreierischen Fülle Platz gemacht; heute, wo die Schaufenster der Warenhäuser eine alle paar Tage wechselnde Augenweide bieten, muß auch das Einzelgeschäft in das Licht des Tages und in den Glanz der elektrischen Lampen hinausfahren: Seht her, was ihr alles bei mir erstehen könnt!

Jetzt, wo die Opfer des Weihnachtsfestes wieder vergessen sind, wo der Fasching zu neuem Anlaufemockt, wo die Pläne zur Ergänzung der Frühjahrsreise reifen („man hat rein gar nichts anzulehen!“), ist der Zauber, den der Anblick alles Schönen ausübt, besonders verführerisch. Vielleicht daß der Mann in seiner mehr materiellen Einstellung gefeit ist gegen all die Wunderlichkeiten, die ihm zurufen: nimm mich in deine Arme, an dein Herz — ihn wird der Delfischladen und die „dicke“ Zigarre mehr interessieren als die modernste Pumphole und der künstliche Künstlerhut — aber für die Frauen bedeutet jetzt jedes Vorbeigehen an diesen Objekten der Modetaste eine wirkliche Qual. Und man muß gestehen: alle Süßrichtungen der Welt, Im- und Exprestantemus, haben sich zu Meisterleistungen aufgeschwungen, die auch einen geleisteten Bestand in Larve verlegen können. Da leuchtet es in allen Farben, einzeln und in geschmackvollen Kombinationen, da knistert es von Seide und Brokat, da schillert es in Tüll und Spitze; golden, silbern schimmernden Besätze, bengalisches Licht werfen die Pallastien, die lunternden Knöpfe, die stolzen Kravatten. Und die Kippesachen, all das Ueberflüssige, das das Leben verhöflicht — Parfüm, Puder, Dosen, Fächer, Taschen — wie lächelt dir die „moderne“ Aufmachung entgegen, wie ormselig erscheint dir dein jetziger Besitz. Das arme Köpfchen rechnet und rechnet — ach, diese Regeneraufgabe geht wohl nur mit Hilfe des einen Unbekannten auf.

Die Zeiten sind vorbei, wo der reiche Mann seiner um ein neues Kleid bittenden Tochter den Rat gab, nachzustragen, ob auch die Tochter der Schenkerfrau in der Lage wäre, sich „schon wieder“ ein „Neues“ zu kaufen; jetzt sieht man nicht nach unten, sondern nach oben — so schön wie die und jene bin ich auch und ich soll entbehren? In diesem Streben nach aufwärts, vorwärts liegt ungewissheit ein gesunder Gedanke: geschickte Hände können auch mit wenigen Mitteln nachschaffen, was das Herz begehrt, aber bei vielen läßt der Gedanke, verzichten zu müssen, doch einen herben Stachel zurück: Schmerzende Augenweide ist es, die sie lockt und beglingt.

Holzmann in Brüssel festgenommen!

Die „Kölnische Zeitung“ meldet aus Brüssel: Der aus dem Prozeß gegen Bartels bekannte Russe Holzmann wurde am Montag abend, als er im Begriff stand, die Stadt zu verlassen, von einem holländischen und einem belgischen Kriminalbeamten verhaftet. Der Auslieferungsantrag dürfte baldigst gestellt werden. Wie erinnerlich, war Holzmann kurz vor Beginn des Prozesses gegen ihn und den Regierungsrat Bartels geflohen.

Der Prozeß Bartels.

Die Gefängnisstrafe des Regierungsrats.

In dem Prozeß Holzmann-Bartels erscheint der Staatssekretär Dr. Wehmann im Gerichtssaal und stellt dem Regierungsrat Bartels ein erstklassiges Zeugnis aus. Der Verlust dieses Mitarbeiters, als er auf Grund seiner hervorragenden Fähigkeiten zum Leiter des Fremdenamtes berufen wurde, sei für ihn außerordentlich gewesen. Die Anschuldigungen gegen Bartels schienen ihm ungläublich, denn hätte er sich Unregelmäßigkeiten zuschulden kommen lassen, er hätte während seiner Tätigkeit im Staatskommissariat, wo er viel größere Selbstständigkeit genoss, viel leichteres Spiel gehabt. Derlei des Regierungsrat Bartels tauscht aber mit seinem „Lebensgefährten“, den er selbst als „Gauker“ bezeichnet hat, gleich einem „schweren Jungen“, Kollabor aus. Er habe damals an einer Hauptrolle teilgenommen und sei vom Verpönl. Gebrauch vollständig heruntergekommen, meint der Angeklagte. Sind das genügende Entschuldigungen? Die ersten Kollabor Holzmanns in deutscher Sprache fand er in seinem Offiz. Er kanorierte sie. Die weiteren in russischer Sprache geschriebenen, wurden ihm vom Kalkfaktor im Lazarett überreicht. Eine Uebersetzung in deutsche Sprache kam dann dem Untersuchungsrichter in die Hände. Im übrigen wieder das alte Bild. Der russische Emigrant Wengelow erklärt, daß er sich nie getraut hätte, Bartels Bestechungsgelder anzunehmen und ehemalige russische hohe Offiziere schildern, wie Bartels während des dachweissen Terrors sie vom Tode rettete, indem er ihnen über die Grenze half. So zeigt Regierungsrat Bartels stets ein Doppelf Gesicht. Unaemennigliche Hilfsbereitschaft einerseits, Gefängnisstrafe und Zeuge Winger andererseits. Am Donnerstag sollen die Plädoyers beginnen, am Freitag wird das Urteil gegen Bartels erwartet.

Der Fall Rothe.

Der Prozeß des Kriminalbetriebsaffizienten Rothe, dieser Nebenfigur im Bartels-Holzmann-Prozeß, fand gestern seine schnelle, wenn auch nicht ganz schmerzlose Entscheidung. Das Verfahren gegen ihn war bekanntlich abgetrennt und die Verhandlung wurde in den großen Prozeß eingeschoben. Rothe war beständiger Gast bei Holzmann; er hatte von ihm auch ein Darlehen von 300 M. erhalten. Als Gendarmen veranlaßt, er den Rumänier Barbuha im Hotel Kallerhof einen Teil der 300 M., die dieser Künstler schuldet, an Holzmann zu bezahlen, er verweigerte auf Veranlassung desselben Holzmann den Zeugen Winger, Rothe behauptete, er habe als Kriminalbeamter das Recht gehabt, in allen Fällen, wo es notwendig schien, dienstlich vorzugehen. Oberregierungsrat Dr. Hegemann, der als Sachverständiger vernommen wurde, erklärte jedoch mit aller Entschiedenheit, daß Rothe in beiden Fällen pflichtwidrig und unzulässig gehandelt habe. Bei der Kriminalpolizei sollte man besonders scharf darauf, daß die Beamten in anderen Dezernaten nicht herumhantieren. Das Gericht verurteilt nach längerer Beratung Rothe wegen empfindlicher Bestechung zu sechs Monaten Gefängnis. Als mildernder Umstand sah das Gericht an, daß Rothe dem Holzmann, der ein ganz besonders geistvoller und ausgeglichener Mann sei, nicht gewachsen war.

Preiswucher!

Die Kleinen vor Gericht.

Vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte wurde ein wahrer Joffus von Vergehen wegen Preiswuchers gegen Kleinhändler der Lebensmittelbranche verhandelt. Der erste Fall richtete sich gegen den Kaufmann Riendorf, Berlin O., der blaue Kartoffeln (Frühkartoffeln) anstatt mit 50 bzw. 52 Pf. mit 60 Pf. abgegeben hatte. Die Anklage lautete auf schändliche Preisstreibererei. In Anbetracht des kleinen Objektes kam der Angeklagte sehr günstig davon und erhielt nur 10 M. Geldstrafe, obgleich der Staatsanwalt den Standpunkt vertrat, daß auch kleinste Vergehen, die zugunsten der arbeitenden Bevölkerung gehen, streng bestraft werden müßten.

In der zweiten Verhandlung mußte die Händlerin Auguste Schmidt, aus Berlin N., auf der Anklagebank Platz nehmen. Sie hatte Kartoffeln mit 2,50 M. eingekauft und zum Preise von 35 Pf. weiterverkauft. Wegen schändlicher Preisstreibererei lautete das Urteil auf 30 M. Geldstrafe. Einen sehr unangenehmen Verkauf für Frau Schmidt nahm die Verhandlung dadurch, daß der Staatsanwalt eine vorgelagte Quittung als gefälscht anführte und ein Verfahren wegen Urkundenfälschung einleiten will. Ein weiterer Fall richtete sich gegen den Kleinhändler Lehmann. A. hatte Kartoffeln zum Preis von 2,60 M. eingekauft und diese zu 35 Pf., statt des normalen Preises von 33 Pf., pro 10 Pfund an den Verbraucher abgegeben. Da der Fall ganz klar lag, erfolgte die Verurteilung zu einer Geldstrafe von 30 M. Weiterhin stand die Gemüschhändlerin Tauchert, aus Berlin O., vor den Schranken des Gerichtes, die sich gleichfalls der schändlichen Preisstreibererei mit Kartoffeln strafbar gemacht hatte. Sie hatte Ueberpreise von 3 und 6 Pf. bei 10 Pfund genommen. Die polizeilichen Feststellungen hatten ergeben, daß Frau T. weiße Kartoffeln mit 2,30 M. und rote Kartoffeln mit 2,50 M. pro Zentner eingekauft hatte. Sonderbarerweise legte sie jetzt eine Rechnung vor, die auf 2,50 M. bzw. 2,70 M. pro Zentner lautete. Dem Vorliegenden kam die Sache nicht ganz gebauer vor, zumal die Quittung ganz neuen Ursprungs war. Er ermahnte Frau T. nochmals zur Wahrheit und machte sie auf die Folgen einer Fälschung aufmerksam. Sie gestand dann auch ein, daß sie tatsächlich zu den erfragten Preisen eingekauft hatte und bekannte reumütig, daß sie sich mit der Quittung nichts weiter gedacht habe. Das Gericht ließ hier weitestgehende Milde walten. In Anbetracht der kleinen Verhältnisse, in der die Frau lebt, und des kleinen Objektes wegen, hielt das Gericht eine Strafe von 10 M. für angemessen.

Etwas härter angefaßt wurde der Fischhändler Leo Levy, der in der Zentralmarkthalle seinen Stand hat. Levy hat im Oktober v. J. rote Karpen auf der Auktion mit einem Pfundpreis von 53 Pf. eingekauft. Ein Besucher der Auktion, der einen kleinen Posten Karpen erwerben wollte, ging dem Levy nach seinem Stand nach und bot ihm einige Pfund Karpen zu verkaufen. Hierfür forderte der Fischhändler pro Pfund 90 Pf. Die Forderung brachte den Kunden so in Empörung, daß er zur Markthallenpolizei ging und den Vorfall anzeigte. Dieses brachte Levy eine Anklage wegen vorläufigen Preiswuchers ein, da nur eine Verdienstspanne von 30 Proz. nicht aber eine solche von 70 Proz. erlaubt ist. Der Staatsanwalt beantragte strenge Verurteilung, da vorläufiger Preiswucher erwiesen ist. Das Gericht verurteilte darauf den Angeklagten zu 300 M. Geldstrafe.

Strafgefallene Zigaretten.

Wenn auch der Post zugestanden werden muß, daß sie ihre Beamten scharf ansieht, so muß auch andererseits immer wieder gesagt werden, daß das Gesetz für derartige Fälle eine geradezu unermessliche Härte in der Bestrafung vorsieht. Diese furchtbare Härte des Gesetzes bekam ein ehemaliger Postauswechsler Alfred H. zu spüren, trotzdem es sich im Grunde genommen wieder um ausgesprochene Bagatelien handelt. Vom Postamt 9 verschickte eine Zigarettenfabrik mehrere Pakete ihrer Fabrikate hauptsächlich zu Reklamezwecken. Von diesen Sendungen kamen fast täglich mehrere auch unbestellbar oder wegen verweigerter Annahme zurück. Da sie einen langen Weg hinter sich hatten, wiesen die Packungen, die zu je 4 Schachteln mit 25 Zigaretten gelichtet waren, sehr oft größere Beschädigungen auf. Der Angeklagte hatte die Aufgabe, derartige Rücksendungen in einem Beutel zu verpacken, die dann an bestimmter Stelle abzuliefern waren. Von den Zigaretten nun, die von selbst herausgefallen waren, hatte sich H. einige angeeignet und geraucht. Er gab mehrere Pakete zu, die sich jedesmal auf 2 bis 3 Stück beschränkten. Auch eine ganze Schachtel dürfte auf sein Konto fallen, da man deren beschädigte Umhüllung in dem Zollkammeraum vorfand. Der Angeklagte gab wie gesagt die Verletzungen zu und beteuerte gleichzeitig, daß er sich niemals an Verletzungen vergriffen hätte. Bei den Zigaretten habe ihm tatsächlich die Erkenntnis einer strafbaren Handlung gefehlt. Trotzdem beantragte der Staatsanwalt unter Jubelstürmen mildernder Umstände eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten. Das Schöffengericht Berlin-Mitte mußte sich so wohl in der Beurteilung der Tat auf demselben Standpunkt stellen, blieb aber im Strafmaß etwas unter dem Antrag. H. wurde also wegen fortgesetzter Unterschlagungen im Amte zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

6602 Droschken in Berlin.

Nach den am ersten Januar jedes Jahres durch die Hauptverkehrsstelle (jetzt Kraftverkehrsamt) des Polizeipräsidiums vorgenommenen Bestandsaufnahmen der in Berlin im öffentlichen Verkehr befindlichen Droschken ist, wie die „Berliner Wirtschaftsberichte“ mitteilen, deren Zahl von 4978 zu Anfang 1922 von Jahr zu Jahr bis auf 4485 zu Beginn 1923 sanken. Erst im Laufe des letzten Jahres stieg die Zahl der Droschken wieder merklich an und betrug Januar 1924: 6602. Auch hinsichtlich der Art der im öffentlichen Verkehr stehenden Droschken hat sich in den letzten fünf Jahren eine bemerkenswerte Verschiebung vollzogen. Während 1922 mit 2298 noch annähernd die Hälfte aller öffentlichen Droschken Pferdewagen waren, hat sich deren Anteil bis Januar 1924 auf weniger als ein Zehntel verringert. Die letzte Bestandsaufnahme ergab nur 568 Pferdewagen. Die Zahl der elektrischen Kraftdroschken ist ebenfalls stark zurückgegangen. Sie betrug gegenwärtig nur 143 gegen 344 im Januar 1922. Dagegen befinden sich jetzt 5803 Benzindroschken im Verkehr gegen nur 2136 im ersten Berichtsjahre. Von den neuen einstufigen Motorradroschken, die vorläufig nur versuchsweise bis zum 31. Dezember d. J. zugelassen sind, waren bei der letzten Zählung 89 in Betrieb.

Schwerer Betriebsunfall in einer Verzinker.

Ein folgenschwerer Unfall ereignete sich gestern nachmittag kurz vor 4 Uhr bei der Firma Gross in Hohenschönhausen, Goethestraße 37-39. In Schmelzwerk wurden größere Mengen Zink verarbeitet, als plötzlich aus bisher noch unbekannter Ursache ein Kessel platzte. Die Flüssigkeit ergoß sich über zwei Arbeiter und verletzte sie schwer. Der Verzinker Aug. Siban aus der Charlotter Straße trug Verbrennungen im Gesicht, am Oberkörper und an den Händen davon. Der Arbeiter Walter Bergmann aus der Wriezener Straße 17 in Hohenschönhausen wurde an den Händen schwer verbrannt. Durch einen Wagen des städtischen Rettungsamtes wurden die Schwerverletzten in die Unfallklinik in der Siegelstraße transportiert.

Haubüberfall im Tiergarten.

Am Montag früh wurde der 23 Jahre alte Kaufmann Martin Pregel aus M.-Rohditz 115, der bei der Meiererei Bolle angestellt ist und schon frühmorgens für den Betrieb Gelder einzuziehen hat, um 9¼ Uhr in der Nähe der Barfighalle von einem Schupo-Beamten in einem tödlich bestimmenden Aufgesunden. Er hatte zwei Verletzungen an der Stirn. Eine Autopsie, die

bei ihm lag, war leer. Der Beamte brachte den jungen Mann nach dem Elisabeth-Krankenhaus. Hier kam er wieder zum Bewußtsein und konnte wenigstens einige Angaben machen. Wie er sagt, wurde er um 6 Uhr, als er über den großen Stern ging, von einem unbekannten Manne um Feuer angesprochen. In dem Augenblick, als er es ihm reichlich, erhielt er einen Schlag vor die Stirn, sodas er betäubungslos zusammenbrach. Was weiter mit ihm geschah, weiß er nicht. Die jetzt leere Autopsie hatte 700 Mark enthalten, die geraubt sind.

Wie wird man Schupo?

Der Dienst in der preussischen Schuppelizei ist hart. Für den Mann im Ichats gibt es keinen Sonntag, 24 Stunden Arbeit — Straßendienst, Revierdienst — wechseln mit 24 Stunden Pause, die wenig echte Ruhe, um so mehr Ausbildungstätigkeit mit sich bringt. Meist springt in der Woche nur ein einziger freier Nachmittag heraus — die übrige Freizeit verfliehet „Kammstufen“, Appells und Besuch der Polizeischulen. Dabei sind die Gehälter knapp. Der Unterwachmeister wird nach Gruppe II, der Wachmeister nach III, der Oberwachmeister nach IV, Hauptwachmeister und Leutnant nach Gruppe V besoldet — eine Bezahlung, mit der man keine großen Sprünge macht. Steter Einsatz des Lebens und der Gesundheit lassen den Beruf des Polizisten nicht gerade lohnender erscheinen.

Und trotzdem brauchen die Polizeiverwalter nicht über Mangel an Nachwuchs zu klagen. Tausende junger Leute melden sich bei den Dienststellen, Antwort auf die Frage zu finden: wie werde ich Polizist? Das Hauptkriterium der Anwärter stellt das fache Land, dessen überzählige Söhne in erster Linie zur Reichswehr, in zweiter zur Schuppelizei drängen. Am 1. April und 1. Oktober jeden Jahres beginnen die Kurse der Polizeischulen; das sind die Termine, zu denen Einstellungen erfolgen. Eine Reihe Eignungsbedingungen muß der künftige Polizist mitbringen. Er darf nicht kleiner sein als 1,63 Meter, er soll 19 bis 21 Jahre alt, unbescholten, leiblich, gesund und schulpflichtig sein. Der persönliche Vorkurs bei der lokalen Polizeiverwaltung folgen polizeiarztliche Untersuchungen und Prüfungen aus dem Stoffgebiet der Oberstufe einer Volksschule. Erst wenn dieses Sieb passiert ist, kann die Enderprüfung vollzogen werden, über die der Regierungspräsident entscheidet.

Ein Jahr lang halten die Polizeischulen den Anwärter in Atem. Heute kennt Kreuze neun solcher Bildungsorte: in Brandenburg a. d. H., Neuzippin, Treptow a. d. H., Frankenstein, Burg bei Magdeburg, Kiel, Münster in Westfalen, Hildesheim und Hannover-Münden. Projektiert ist die Errichtung einer zehnten Schule in Bonn. Rund 300 junge Leute sind auf jeder Schule interniert, ausgenommen in Brandenburg, das den Bedarf Berlins decken soll und daher etwa 1000 Schüler beherbergt. Die Ausbildung ist streng und anstrengend. Der Lehrplan — das Werk des Oberregierungsrates Degehards vom Innenministerium — umfaßt zwei große Gruppen. In neun Klassen und drei Stufen wird der Allgmeinbildung gelehrt. Die Unterstufe ist eine Art Wiederholung der Volksschule, die Mittelstufe entspricht dem Bildungsgang bis zum „Einjährigen“, die Oberstufe dem der Primarschule. Nebenher geht die Fachausbildung. Hier werden die Polizeiwissenschaften gelehrt, Körperkultur und Waffendienst beider. Die Schlussprüfung scheidet die Böde von den Schafen. Leider vernimmt man heute noch eine psychotechnische Untersuchung nach wissenschaftlichen Grundrissen — Bestrebungen, diese vor allem für den Verkehrspolizisten wichtige Prüfung anzufügen, sind in Polizeikreisen im Gange.

Damit ist die Ausbildung noch nicht abgeschlossen. Die rechte Eignung für den Beruf erwacht der Anwärter erst in der Praxis. Nach bestandenerm Examen wird er zum Polizeiuferwachmeister befördert und ansorgs einer Beurlaubung in Kasernierung zugeteilt. Für zwölf Jahre hat sich der junge Polizist verpflichten müssen — in zwölf Jahren muß er Hauptwachmeister oder Leutnant sein; da gibt es noch viel zu lernen, viel zu arbeiten. Mit einem älteren Beamten schließt man den neugeborenen Wachmeister auf Streife in den Straßendienst. Später erst kommt er zu dem weniger beschwerlichen Dienst auf den Kavaliere. Hat er sich mindestens vier Jahre lang einwandfrei geführt, kann er zum Polizeiwachmeister befördert werden. Zum Rang des Oberwachmeisters verhilft dann die erfolgreiche Absolvierung einer Fachprüfung, zum Hauptwachmeister besondere Eignung und irgendeine Beförderung. Die Offizierslaufbahn eröffnet ihm die Abschlussprüfung der höheren Polizeischule in Eiche bei Potsdam.

So schließt sich an die Frage: wie werde ich Polizist? stets die nach weitererem Aufstieg in der Polizeihierarchie an. Die ganze Dienstzeit des Schupoannes ist ein einziges, langes Lehrjahr. Unter den Anwärtern mit Volksschulbildung bleibt niemand frei von dem Zwang vielsähriger Kletterarbeit auf der Kletterleiter, Besorgnis wird nur eine Gruppe; die der „Anwärter mit Eignung zum Polizeioffizier“. Offiziersaspirant kann werden, bei Reifeprüfung, Examen zur Primarschule oder zur zweiten Seminarstufe bestanden hat. Die Aspiranten besuchen gemeinsam mit den übrigen Anwärtern ein Jahr lang die Polizeischule. Nach dreieinhalb Monaten werden die Wachmeister, zum dann ein weiteres Dreivierteljahr Dienst bei Bereitschaft und Revier, und können nun zum Kurkurs in Eiche und zum Lehrgang für Leibesübungen in Spandau vorgeschlagen werden. Hier wieder neun Monate Dienst, Prüfung vor einer vom Ministerium ernannten Kommission — dann sind die Abschleife gewonnen. Bis zum Hauptmannrang geht das Anwesenheit rascher vor sich als bei der Reichswehr und der alten Armee; in vier bis fünf Jahren wird man Polizeioberleutnant, in etwa sieben Hauptmann. Später schlägt die Karriere ein langsames Tempo ein. Beim Major bleiben die meisten stehen. Oberwachmeister, Obersten werden nur wenige und vor der höchsten Spitze, dem Kommandeur — man kommt nur zwei in Preußen, in Berlin und Essen, — liegt die Barriere halber Menschenalter. . .

Auch ein Einbruchdiebstahl!

Die Hausangestellte Auguste M. war in eine recht unangenehme Lage gekommen. Weil sie die Interessen der Hausfrau allzu eifrig vertrat, mußte sie sich wegen gemeinschaftlichen Einbruchdiebstahls vor dem Schöffengericht Charlottenburg verantworten. Wegen den jungen „Sünder“ sollte erst später verhandelt werden. Das Ehepaar H. war bis vor kurzer Zeit Eigentümer eines bekannten Restaurants in der Lutherstraße. Frau H., die von dem Manne ihrer ersten Ehe ein ähnliches Unternehmen übernommen hatte, verkaufte dies später, heiratete ihren jetzigen Mann und richtete mit ihm zusammen das neue Lokal ein. Herr H., der bis dahin Arbeiter in einer Fabrik und vollkommen mittellos war, machte auf diese Weise kein Glück. Leiber war dies nur von kurzer Dauer. Die Ehe gestaltete sich derartig unglücklich, daß H. sich sehr bald von seiner Frau trennte. Ueber das Restaurant, in dem Frau H. mit ihrem Sohn und dem Hausmädchen zurückgeblieben war, veräußerte er ziemlich eigenmächtig. Er verbot seiner Frau, den Betrieb auf ihre Rechnung fortzuführen, stellte schriftlich einen Geschäftsführer in Aussicht, dem er alle Kassenhefte übertrug. Doch H. das Unternehmen schon an einen anderen Restaurateur verpachtet hatte, wußte niemand in seiner Familie. Der 17jährige Sohn aber machte des Schicksals seiner Mutter ohnen und kam nun auf den Gedanken, für sie an Inventar zu retten, was zu retten war. In den Küchenräumen, die von einer Seite durch eine verriegelte Tür, von der anderen durch einen mit einem Schranke verstellten Zugang, der zur Mädchekammer führte, ebenfalls verriegelt war, lagerten große Mengen von Kaffeekannen, Gläsern und sonstigem Geschirr. Diesem auf die erste Sorge des jungen H. Er ersuchte also die Angeklagte, mit ihm gemeinsame Sache zu machen, was die M. aber nur unter der Bedingung tun wollte, wenn Frau H. damit einverstanden wäre. Um seinen Plan daran nicht scheitern zu lassen, erklärte der junge Mann, daß seine Mutter einverstanden sei. In Wahrheit aber hatte er ihr nichts davon gesagt. Jetzt gingen die beiden ans Werk rüsten den Schrank heillos, öffneten die Tür zur Küche und verpackten das ganze Geschirr in Koffern und Kartons, die H. dann

Auslandsgelder für den Baumarkt?

Die Förderung der Bautätigkeit. — Eine Denkschrift des Arbeitsministeriums.

Das Reichsarbeitsministerium hat eine Denkschrift ausgearbeitet, in der eine Belebung des deutschen Baumarktes durch Zuführung von Krediten in die Bauindustrie befürwortet wird. Die Denkschrift errechnet, daß in Deutschland augenblicklich 600 000 Wohnungen fehlen. Dazu tritt ein jährlicher Neubedarf von 150 000 Wohnungen. Auf Grund der vorläufigen Wohnungsprogramme werden aber höchstens 90 000 bis 100 000 Wohnungen gebaut.

Die Denkschrift erkennt ganz richtig, daß die Hemmungen für eine umfassende Belebung des deutschen Baumarktes in einem Umfange, der sogleich eine Anfurbelegung anderer Wirtschaftszweige bedeutet, in dem Mangel an Baukapitalien begründet liegen. Aus der Mietzinssteuer stehen heute, nach Abzug des Teils im Steuerabkommen, der für Verwaltungs- oder andere Zwecke verwendet wird, rund 500 bis 600 Millionen Mark für den Baumarkt zur Verfügung. Vor dem Kriege stießen aber über die Immobilienkredite aus Realrediten dem Baumarkt 1200 Millionen Mark zu, während in den beiden Jahren nach der Stabilisierung aus dem Realredit nur ungefähr 350 bis 400 Millionen Mark für den Baumarkt erübrigt werden konnten. Der Reichsarbeitsminister schlägt nun vor, den Unterschied zwischen der für eine umfassende Belebung des Baumarktes erforderlichen und der aus dem deutschen Realredit zur Verfügung stehenden Summe — schätzungsweise 1 1/2 Milliarden für die beiden nächsten Jahre — durch Auslandshypotheken zu beschaffen. Im Übrigen werden Vorschläge für die Verzinsung dieses Auslandskredites aus der Hauszinssteuer gemacht.

Das Verlagen des Kapitalmarktes.

Wie man sieht, lehnt sich der Plan eng an die Gedankengänge an, die in einem von uns bereits gewürdigten Antrag der Zentrumsparität zur Förderung der Bautätigkeit entwickelt wurden. Die Entfaltung einer regen Bautätigkeit liegt nicht nur im Interesse der großen Zahl von Wohnungsuchenden, die vergeblich auf die Zuweisung einer Pflanzwohnung zu erschwingerlichen Preisen warten, sie liegt auch im Interesse der ganzen übrigen Arbeiterschaft, der es heute infolge des Abganges in der Industrie an Beschäftigung fehlt. Aus diesem Grunde sind die Vorschläge des Arbeitsministers grundsätzlich durchaus zu begrüßen. Man wird dabei im Auge behalten müssen, daß das Darlehenlegen der Wohnungsbaufähigkeit nicht nur in den hohen Baukosten zu suchen ist, sondern daß auch das Verlagen des Kapitalmarktes dabei eine entscheidende Rolle spielt. Noch immer sind in Deutschland langfristige Gelder nicht erhältlich, während kurzfristiges Geld an der Börse heute bereits zu 5 1/2 Proz. angeboten wird und nicht einmal zu diesem geringen Zinssatz Anlage findet, sondern in großen Beträgen nach dem Ausland wandert, um dort zu noch niedrigeren Zinsen Anlage zu suchen! Dieses Mißverhältnis am Geldmarkt, das von uns wiederholt gemüßigt worden ist, stellt den Ausdruck der Vertrauenskrise dar, die noch heute auf der deutschen Wirtschaft lastet. Wenn wir darauf warten wollen, bis die Großbanken durch eine vernünftige Verteilung ihrer verfügbaren Gelder den Geldmarkt in Ordnung bringen, so würde das wahrscheinlich viel zu lange dauern, als daß man in dieser Wirtschaftskrise auf eine aktive Besämpfung der Arbeitslosigkeit rechnen könnte. Die Belebung des Baumarktes aber ist ein geeignetes Mittel zum Kampf gegen die Krise. Deswegen kann es sich also jetzt nur darum handeln, aus den

Preise und Qualität.

Auch die „Weiße Woche“ hat weder dem Einzelhandel noch den Lieferanten die gewünschten Erfolge gebracht. Natürlich ist für diesen Mißerfolg in erster Linie die mangelnde Kauflust der Massen verantwortlich. Aber daneben ist ein ständig wachsendes zum Teil berechtigtes Mißtrauen gegen alle Sonderverkaufsveranstaltungen des Einzelhandels. Was die große Masse der Konsumenten heute braucht, ist Qualitätsware zu billigen Preisen. Auch sie war bei den Inventurverkäufen und weißen Wochen zu finden. Es gibt genug mitleidende Lieferanten, es gibt reichlich Konturware, die von zahlungsfähigen Käufern sehr preiswert erstanden werden können. So wurde in einem großen Berliner Warenhause ein Rotopendentuch, das an gros mit 1,15—1,20 M. je Meter bezahlt wird, mit 75 Pf. angeboten. Es findet sich bei diesen Veranstaltungen auch Ware, die von den Lieferanten in Einzelhandelsgeschäften in Kommission gegeben wird. Hierbei besteht nicht das Risiko, daß die Ware, wenn sie nicht verkauft wird, Lagerbestand wird. Sie kann den Lieferanten zurückgegeben werden. Bezahlt wird nach Abzug einer Provision nur das, was tatsächlich an den Verbraucher verkauft wird. Der größte Teil der Ware aber, die bei diesen Veranstaltungen angeboten wird, ist eigens für diese Zwecke hergestellt. Man kann dort z. B. Hemden finden, die „im Querschnitt“ verarbeitet sind; in der Regel wird nämlich der Stoff für Hemdenverwendung in der Länge vermesen und ein entsprechender Teil des Stoffes dann verarbeitet; bei den Querschnittshemden wird die Breite als Länge betrachtet, Maßel werden angelegt; außerdem kann man — was auch vielfach bei der Wäscheherstellung geschieht — durch geringere Längen sparen. In Stoffen wird ferner sehr reichlich minderwertige Ware zum Verkauf angeboten, und zwar teilweise unter dem Einkaufspreis. Diese Preisherabsetzungen können der konsumierenden Bevölkerung nicht viel nutzen. Notwendig ist, daß Qualitätsware zu Breiten, die für die großen Massen zu erdwingen sind, zum Verkauf kommt. Dazu ist erforderlich, daß der Einzelhändler seinerseits mit der gebotenen Rücksichtslosigkeit beim Einkauf vorgeht. Wenn jetzt im offiziellen Organ des Reichsbundes des Textilhandels ein Konfessionär als Wirtschaftsmarodeur beschimpft wird, weil er, um schnell Geld hereinzubekommen und um große Umsätze zu erzielen, seine Waren gegen Barzahlung 30 Proz. unter Tagespreis anbietet, so bedeutet das ein Verkennen der Interessen des Konsums und des Einzelhandels. Es muß dahin kommen, daß die Vorzugspreise der Sonderverkäufe dauernde Normalpreise werden, das ist unvermeidlich, wenn die Umsätze steigen sollen.

Aus der genossenschaftlichen Internationale.

Die Exekutive des Internationalen Genossenschaftsbundes hielt am 30. und 31. Januar in Haag eine Sitzung ab. Eine längere Aussprache erforderte die Lage der Genossenschaften in Italien. In dieser Angelegenheit lagen

Erträgen der Hauszinssteuer große Summen für den Wohnungsbau freizumachen, um hier nachhaltig eingzugreifen. Eine andere Frage aber ist, inwieweit noch öffentliche Geldinstitute zur Beschaffung von billigen Hypotheken herangezogen werden können, ob nicht insbesondere die öffentlichen Versicherungsgesellschaften stärker für den Wohnungsbau und seine Finanzierung gewonnen werden können.

Verbilligung der Baukosten.

In jedem Falle sind große Summen erforderlich. Das Ziel eines behördlichen Wohnungsprogramms muß in erster Linie sein, zu niedrigen Erzeugungskosten billige Wohnungen herzustellen. Das läßt sich nur durchführen bei einer Abkehr von den bisherigen Baumethoden. Wir müssen dazu kommen, nach amerikanischem Muster alle Möglichkeiten einer billigen Bauweise zu erschöpfen. Dafür aber fehlen heute die Voraussetzungen, und diese werden wohl nie geschaffen werden können, wenn die Bautätigkeit in so langsamem Tempo fortschreitet wie bisher. Auch für das Baugewerbe gilt der Satz, daß eine Rationalisierung sich erst lohnt, wenn damit auch Aussicht auf einen erhöhten Absatz geschaffen wird. Daher ist eine starke Anfurbelegung des Baugewerbes notwendig.

Die Frage der Auslandshypotheken.

Es kommt aber darauf an, die Mittel für den Häuserbau in Deutschland selbst aufzubringen. Die Aufnahme von Auslandsanleihen muß die stärksten Bedenken auslösen schon deshalb, weil niemand weiß, wie sich auf die Dauer die Zinssätze gestalten werden. Ueberrimmt aber nach dem Plane des Reichsarbeitsministers das Reich aus Mitteln der Hauszinssteuer einen Teil der Verzinsung und Tilgung von ausländischen Häuserbauhypotheken, so muß es immer noch als fraglich dahingestellt werden, ob das überhaupt im Interesse des Wohnungsbaues liegt. Man nimmt an, daß der Mieter nur etwa fünf Prozent an Zinsen und Tilgung für derartige Hypotheken zahlen kann. Wenn nun das Reich auf Jahre hinaus zu diesen Zinssätzen des Mieters zwei, drei oder noch mehr Prozent aus Steuermitteln zu zahlen soll, so bleibt dennoch die Frage offen, wie das deutsche Volk verteilt werden soll: ob es lieber jahrelang Zinszuschüsse an das Ausland zahlt, oder ob es die dafür bereitgestellten Beträge nicht besser von vornherein zur Steigerung und Verbilligung des Wohnungsbaues verwendet. Bei dem starken Bedarf der Wirtschaft an ausländischen Krediten wäre es nicht zu rechtfertigen, wenn man noch mit langfristigen Häuserbaukrediten in das Ausland gehen und die fremden Geldmärkte noch mehr in Anspruch nehmen würde. Solange man selbst die Kommunen dazu zwingt, auf Auslandsanleihen zu verzichten, auch wenn mit ihnen produktive Zwecke verfolgt werden, solange muß es mindestens als unzweckmäßig erscheinen, mit einem starken Kapitalbedarf für Hausbauhypotheken ins Ausland heranzutreten. Die Belastung der Mieter mit der Hauszinssteuer macht es unseres Erachtens dem Reich zur gebieterischen Pflicht, aus diesen Mitteln diejenigen Leistungen zu vollbringen, die zur Bekämpfung der Wohnungsnot dienlich sind. Das ist solange nicht der Fall, als der größte Teil der Hauszinssteuer für Verwaltungszwecke in Anspruch genommen wird. Hier ist eingzugreifen, um wirksam gegen Wohnungsnot und Wirtschaftskrise vorgehen zu können.

zahlreiche Vorschläge für ein politisches oder wirtschaftliches internationales Vorgehen oder gemeinsame Maßnahmen mit der internationalen Genossenschaftsbewegung vor, die sämtlich mit Rücksicht auf die grundsätzliche politische und religiöse Neutralität des Bundes verworfen wurden. Die Exekutive war der Auffassung, daß jedes Vorgehen ihrerseits, das in irgendeiner Weise als politisch gedeutet werden könnte, der ihr am Herzen liegenden Sache und besonders den Interessen der italienischen Genossenschaftsbewegung unter den heutigen Umständen schaden könnte. Die bisher unternommenen Schritte wurden gebilligt und der italienischen Bewegung weitere Unterstützung bei ihrem Bemühen zugesichert, die Grundzüge der internationalen Solidarität, der Freiheit der Vereinigung und der Unabhängigkeit der Betätigung innerhalb ihrer wirtschaftlichen Sphäre aufrechtzuerhalten. Die Exekutive befragt lebhaft die teilweise Feststellung der großen, mehr als 30 Jahre alten wirtschaftlichen Bewegung Italiens, die in manchen Dingen einzig unter den vereinigten Genossenschaftsorganisationen der ganzen Welt dastand, und hegt noch die Hoffnung, daß die italienische Regierung dazu bewegt werden kann, den Genossenschaftlern, die sowohl unter der jüngst erfolgten Auflösung als auch unter der früheren Schädigung und Vernichtung von Genossenschaften gelitten haben, diese Freiheiten wiederzugeben. Wenn irgendmöglich, soll an Ort und Stelle eine Untersuchung stattfinden, und der Generalsekretär des I. B. soll der italienischen Regierung direkte Vorstellungen machen.

Der diesjährige Internationale genossenschaftliche Fest- und Werbetag fällt auf Sonnabend, den 3. Juli. Zur Internationalen Wirtschaftskonferenz hat der Völkerverbund auch drei Genossenschaftler eingeladen. Großbritannien und Deutschland hat er nicht berücksichtigt, sondern Schweden, Rußland und Desterreich.

Die neuen Landwirtschaftskredite.

Ueber die von der Reichsbank bei der Goldkreditbank für die Landwirtschaft freigegebenen Kredite liegt nunmehr ein ausführlicher Bericht der Rentenbankkreditanstalt vor. In Frage kommen sofort schon Beträge von weit über 100 Millionen M. Der Landwirt erhält die Kredite als Hypothek auf drei bis fünf Jahre mit Rückzahlungspflicht von je einem Drittel 7 1/2 Proz. Zinsen, ausgezahlt werden 98,50 bis 98,75 M. auf je 100 M. Darlehen. Der Landwirt wendet sich an die von ihm gewünschte Kreditmittlerin, und zwar öffentliche Sparbanken, Landesbankstellen, Landesbanken, Hypothekendarlehen, Landbesitzer und ritterschaftliche Kreditinstitute. Gleichzeitig ist ein Fragebogen auszufüllen, der die Unterlage für die Entscheidung bildet, ob das Hypothekendarlehen gewährt wird. Die Fragebogen gehen an die Rentenbankkreditanstalt, die nach den Vorschlägen der Vermittlungsinstitute die Entscheidung trifft.

Praktisch liegt das Schwergewicht der Kreditgewährung also bei den vorschlagenden Kreditinstituten. Die Höchstgrenze der Einzeldarlehen liegt bei einem Drittel des berechtigten Wertbeitrags; fehlt ein solcher oder liegen Wertverbürgungen vor, bei einem Drittel einer amtlichen Schätzung. Zweck und Empfänger der Darlehen sind scharf bestimmt. In erster Linie soll die Abdeckung drückender und bald fälliger Personalschulden er-

folgen, insbesondere gegenüber Genossenschaften und der Rentenbankkreditanstalt. In zweiter Linie sollen notwendig, sonst nicht zu deckende, aber rationeller Wirtschaft dienende Kredite für die laufende Wirtschaftperiode gewährt werden. (Düngemittel, Saatgut, auch verlässliche Erneuerung des lebenden und toten Inventars, Meliorationsdarlehen nur ausnahmsweise; ausgeschlossen sind forst- und weinbauliche, Siedlungs- und Bauzwecke, auch Abtragung von Aufwertungsypotheken.)

Die Kreditinstitute sind verpflichtet, den Ansprüchen zu entsprechen, wenn es sich um kreditwürdige, d. h. tüchtige Landwirte mit einwandfreiem Ruf und anerkannter Zuverlässigkeit handelt. Es sollen nur Landwirte in Frage kommen, welche unbedingte Gewähr einer rationalen, möglichst intensiven Bewirtschaftung ihrer Güter bieten. — Es ist ersichtlich, daß der Zweck und der Empfängerkreis für die Darlehen klar bestimmt ist. Zweifellos schließt aber das Vorschlagsrecht der Vermittlungsinstitute u. a. auch eine Gefahr für die gerechte Auslese in sich. Das gilt besonders gegenüber den kleinen und kleinsten Landwirten. Auch der „einwandfreie Ruf“, der verlangt wird, ist bei der Rentabilität besonders mancher Landwirte keine Gewähr für richtige Kreditverteilung. Die Aufsichtsinstanzen der vermittelnden Institute werden daher der gerechten Verteilung der Kredite auch ihre Aufmerksamkeit zuwenden haben.

Kommunale Steuererträge und kommunale Betriebe.

Der Amtliche Preussische Pressedienst veröffentlicht aus einer Uebersicht über die Steuererträge sowie die Ueberschüsse der kommunalen Betriebe und Unternehmungen der preussischen Städte und Landgemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern für das Rechnungsjahr 1924 nachstehende Angaben:

Das gesamte Steueraufkommen in allen preussischen Städten und Landgemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern betrug im Berichtsjahr 1366,6 Millionen Mark, so daß auf den Kopf der Bevölkerung nach dem Stande vom 8. Oktober 1919 69 M. entfielen. Der größte Anteil an dem Gesamtsteueraufkommen, nämlich über 28 Proz., entfällt auf Uebererträge aus der Reichseinkommen- und Körperschaftsteuer mit 387,5 Millionen Mark, d. h. 19,6 M. auf den Kopf der Bevölkerung. Mit 21 Proz. folgt an zweiter Stelle die Gewerbesteuer mit einem Aufkommen von 287,5 Millionen Mark, dem ein Kopfbetrag von 14,5 M. entspricht. Fast gleich waren die Erträge aus der Grundvermögenssteuer (169,5 Millionen Mark) sowie der Hauszinssteuer zur Förderung der Neubautätigkeit (169,5 Millionen Mark) mit je 8,6 M. auf den Einwohner und einem Anteil von je 12,4 Proz. am gesamten Steueraufkommen.

Von allen Größenklassen weist die Stadt Berlin mit 399,5 Millionen Mark das höchste Steueraufkommen auf, d. h. über 29 Proz. vom Steueraufkommen in sämtlichen preussischen Städten und Landgemeinden mit mehr als 5000 Einwohnern. Auf den Kopf der Bevölkerung entfallen hier 105 M. Sodann folgt die Städteklasse mit mehr als 200 000 Einwohnern, und zwar mit einem Betrage von 78,8 M. auf den Einwohner und einem Anteil von 25,3 Proz. am Gesamtaufkommen; für die dritte Größenklasse (100 000 bis 200 000 Einwohner) lauten die entsprechenden Zahlen 69,6 M. und 10,3 Proz. Mit einem Kopfbetrag von 63,6 bzw. 59,9 M. und einem Anteil von etwa je 9 Proz. am Gesamtaufkommen schließen sich die beiden folgenden Städteklassen (50 000 bis 100 000 und 25 000 bis 50 000 Einwohner) an. — In den Städten mit mehr als 10 000 bis 25 000 Einwohnern halten sich die Kopfbeträge auf fast gleicher Höhe wie die in den Landgemeinden mit mehr als 25 000 Einwohnern; in beiden Gruppen betragen sie 48,5 bzw. 48,7 M., während der Verhältnisquotient zum Gesamtsteueraufkommen bei den Städten 8 Proz., der bei den Landgemeinden aber auf Grund der geringen Einwohnerzahl dieser Größenklasse nur 0,8 Proz. ausmacht.

Zum erstenmal sind die Uebererträge der kommunalen Betriebe und Unternehmungen der Städte und Landgemeinden mit über 5000 Einwohnern statistisch im ganzen Reich erfasst worden. In Preußen betragen sie für 1924 zusammen 169,4 Millionen Mark (d. h. 8,6 M. auf den Kopf der Bevölkerung), wovon allein 126 Millionen Mark (d. h. über 7,4 Proz.) auf die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerte entfallen. Insgesamt machen diese Uebererträge für die in die Erhebung einbezogenen preussischen Gemeinden 12,4 Proz. ihres Gesamtsteueraufkommens aus.

Großbankaktien nach Amerika.

Die Aktienpakete, die von deutschen Großbanken in ausländische Hände wandern, werden immer mehr. Ueber der schon sehr bald nach der Geldumstellung erfolgten Unterbringung von 40 Millionen Deutsche Bankaktien in England sind jetzt in rascher Folge von der Disconto-Gesellschaft, der Dresdner Bank, der Allgemeinen Deutschen Kreditanstalt und dem Barmer Bankverein Aktienpakete nach New York gegangen. Bei der Darmstädter und Nationalbank scheint eine ähnliche Transaktion im Gang zu sein. Wir wollen uns nicht der Vermutung anschließen, die Eingeweihten manchmal äußern, daß manche Großbank sich durch Aktienverkäufe die Dividenden verschafft, die sie demnächst ausschütten werden. Die Einflußnahme der Ausländer dürfte wohl mehr der Kontrolle über die gewährten Auslandskredite dienen; den deutschen Großbanken wird die Einflußnahme überdies nicht ganz unwillkommen sein, um das Interesse der Amerikaner für die deutschen Bankinteressen auch materiell zu fördern. Jedenfalls ist das Hinüberwandern der Aktienpakete sehr charakteristisch für die wachsende enge Verknüpfung der Geld- und Wirtschaftsinteressen Amerikas und Deutschlands.

Ein Vorbote der großen Bankabschlüsse für 1925. Wie schon oft, ist die Hildesheimer Bank die erste deutsche Aktienbank, die ihren Geschäftsabschluss veröffentlicht. Obwohl sie zu den kleineren Aktienbanken gehört, hat ihr Abschluß durch ihre Verbindung mit der Deutschen Bank eine größere Bedeutung. Um das Ergebnis vorzunehmen, es werden 7 Proz. Dividende verteilt, gegen 8 Proz. im Vorjahr. Der Reingewinn (410 528 M. gegen 503 345 M. im Vorjahr) ist um fast 100 000 M. niedriger. Dabei ist der Umsatz von 633 auf 723 Millionen erhöht. Die Haupteinnahmen lieferte das Wechsel- und Kontokorrentgeschäft. Mit 1,27 Millionen blieben sie aber gegen das Vorjahr mit 1,50 Millionen nicht unbeträchtlich zurück. Das Fehlen der Sondergewinne aus den überhöhten Zinssätzen von Anfang 1924 ist fühlbar. Die Verwaltungskosten sind von 884 000 M. auf 814 000 M. etwas gesunken. Wie außerordentlich teuer die Banken heute arbeiten, zeigt ein Vergleich dieser Verwaltungskosten mit der Vorkriegszeit. Bei mehr als doppelt so großem Umsatz kam die Hildesheimer Bank damals für ein dreimal so hohes Aktienkapital mit der Hälfte der heutigen Verwaltungskosten aus. Bei reichlich doppelt so hohen Krediten an die Wirtschaft nahm sie ihren Kunden damals insgesamt nicht mehr Zinsen und Provisionen ab als heute. Dabei sind die Steuerleistungen kaum höher als in der Vorkriegszeit. Die Realgehälter der Angestellten sind bekanntlich sehr niedrig. Aber 1913 wurde das mehr als doppelt so große Geschäft mit drei Filialen, 1925 das halb so große Geschäft mit sieben Filialen gemacht. Davon sind erst 2 Filialen abgebaut worden. Der Verkauf steigert die Kosten; die hohen Zinsen und Provisionen aber verkleinern das Geschäft. Die falsche Politik der Banken, höchster Nutzen bei kleinem Umsatz, richtet sich gegen sie selbst. Das lehrt der Abschluß der Hildesheimer Bank. Man darf gespannt sein, ob die demnächst zu erwartenden Großbankabschlüsse etwas anderes lehren.

Der Bauer und die Generäle.

Von M. J. Saltykow-Schtschewin.
(Übersetzt von Hans Rusoff.)

Es waren einmal zwei Generäle, die waren so leichtsinzig, daß sie binnen kurzer Zeit, wie das so in Märchen vorkommt, plötzlich sich auf einer unbewohnten Insel befanden.

Die Generäle hatten ihr ganzes Leben lang in einer Registratur gedient; dort waren sie geboren, erzogen und alt geworden, infolgedessen verstanden sie von nichts etwas. Sie kannten nicht einmal irgendwelche Redensarten außer: „Nehmen Sie die Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung und Ergebenheit entgegen.“

Die Registratur war aufgelöst worden, da man sie nicht mehr benötigte, und die Generäle hatte man entlassen. Sie wurden außerstandes, sich in Petersburg in der Podjatschestska nieder, ein jeder in einer eigenen Wohnung; jeder hatte seine Köchin und bezog seine Pension. Plötzlich aber befanden sie sich auf einer unbewohnten Insel; sie wachten auf und gewöhnten, daß sie beide unter einer Bettdecke lagen. Zunächst begriffen sie selbstverständlich gar nichts und begannen miteinander eine Unterhaltung, als wäre nichts mit ihnen vorgefallen.

„Ein sonderbarer Traum hat mir heute geträumt, Em. Exzellenz,“ sagte der eine General, „es war mir, als lebte ich auf einer unbewohnten Insel...“

Als er dies gesagt hatte, sprang er plötzlich auf. Auch der andere General sprang in die Höhe.

„Rein Gott! Was ist denn das? Wo sind wir denn?“ stießen beide mit entsetzter Stimme hervor.

Und sie begannen einander zu betasteln, um festzustellen, ob denn in der Tat dieser Vorfall sich mit ihnen nicht in „Traume, sondern in Wirklichkeit ereignet habe. So sehr sie aber auch sich zu überzeugen bemühten, daß dies alles nichts als ein Traumgeschäft sei, so mußten sie doch zu der Ueberzeugung gelangen, daß dies traurige Wirklichkeit war.

Auf der einen Seite erstreckte sich vor ihnen das Meer, zu der anderen Seite lag ein kleines Stück Land, und hinter diesem erstreckte sich wiederum grenzenloses Meer. Da brachen die Generäle zum erstenmal, seit die Registratur geschlossen worden war, in Tränen aus.

Sie betrachteten einander und sahen, daß sie nur Nachtshemden anhaben und daß ein jeder einen Orden am Halse trug.

„Wie schön wäre es, wenn wir jetzt Kaffee tranken!“ sagte der eine General; als ihm aber einfiel, was für ein unerhörter Vorfall sich mit ihm ereignet hatte, da brach er zum zweitenmal in Tränen aus.

„Was wollen wir denn nun tun?“ fuhr er unter Tränen fort, „wenn wir jetzt einen Bericht schreiben würden, was hätte das für einen Nutzen?“

„Ich weiß etwas,“ antwortete der andere General, „gehen Sie in der Richtung nach Osten, Exzellenz, ich will nach Westen gehen, und gegen Abend wollen wir uns wieder an diesem Plage treffen. Vielleicht werden wir irgendetwas finden.“

„Nun überlegte sie, wo Osten und wo Westen sei. Es fiel ihnen ein, daß ein Vorgesetzter ihnen einmal gesagt hatte: Wenn du Osten finden willst, so stelle dich mit den Augen nach Norden, und rechter Hand wird das Gesuchte liegen.“ Sie begannen Norden zu suchen, stellten sich so und wieder anders, probierten alle Himmelsrichtungen durch; da sie aber ihr ganzes Leben lang in der Registratur gedient hatten, so fanden sie nichts.

„Ich weiß etwas, Em. Exzellenz, Sie gehen nach rechts und ich nach links; so wird es besser gehen!“ sagte der eine General, der außer in der Registratur auch noch in der Schule der Militärkantonisten als Lehrer für Schönschreiben gedient hatte und folglich etwas klüger war.

Wie gesagt, so getan. Der eine General ging nach rechts, und da sah er, daß da Bäume wuchsen und an den Bäumen allerhand Früchte hingen. Der General wollte wenigstens einen Apfel erreichen, aber sie hingen alle so hoch, daß er hinaufklettern mußte. Er versuchte es — aber es kam nichts dabei heraus, er zerrte sich nur sein Hemd. Darauf gelangte der General an einen Bach und sah darin Fische schwimmen, es wimmelte nur so von ihnen, ganz wie in der Umage auf der Fontana in Petersburg.

„Wenn ich doch so einen Fisch fangen und mich mit ihm nach Hause begeben könnte!“ dachte der General und verzog vor lauter Appetit das Gesicht.

Darauf betrat der General einen Wald, dort aber pflüchten die Rebhühner, schrien Kofanen und ließen Hofen umher.

„O Gott! Sowie! Eghares! Sowie! Eghares!“ sagte der General, der bereits fühlte, daß es ihm vor Hunger übel wurde.

Es war nichts zu machen, er mußte mit leeren Händen an den verabredeten Platz zurückkehren. Als er hintam, wartete der andere General bereits auf ihn.

„Nun, wie steht's, Em. Exzellenz, haben Sie irgendetwas gefunden?“

„Ja, ich habe hier eine alte Nummer der „Moskauer Nachrichten“ gefunden und sonst nichts!“

Da legten sich die zwei Generäle schlafen, da sie aber einen leeren Magen hatten, schliefen sie nicht ein. Bald beunruhigte sie der Gedanke, wer nun statt ihrer die Pension in Empfang nehmen werde; daß wieder mußten sie an die Früchte, Fische, Rebhühner, Kofanen und Hofen denken, die sie am Tage gesehen hatten.

„Wer hätte denken können, Em. Exzellenz, daß die menschliche Nahrung in ihrer ursprünglichen Form umherfliegt, im Wasser schwimmt und an Bäumen wächst?“ sagte der eine General.

„Ja,“ antwortete der andere General, „offen gestanden habe auch ich bis jetzt gemeint, daß die Semmel in der Form entstehen, wie man sie am Morgen zum Kaffee reißt.“

„Wenn also folglich jemand zum Beispiel ein Rebhuhn essen will, so muß er es zuerst fangen, wien, rupfen und braten... wie aber macht man das alles?“

„Wie aber macht man das alles?“ wiederholte der andere General wie ein Echo.

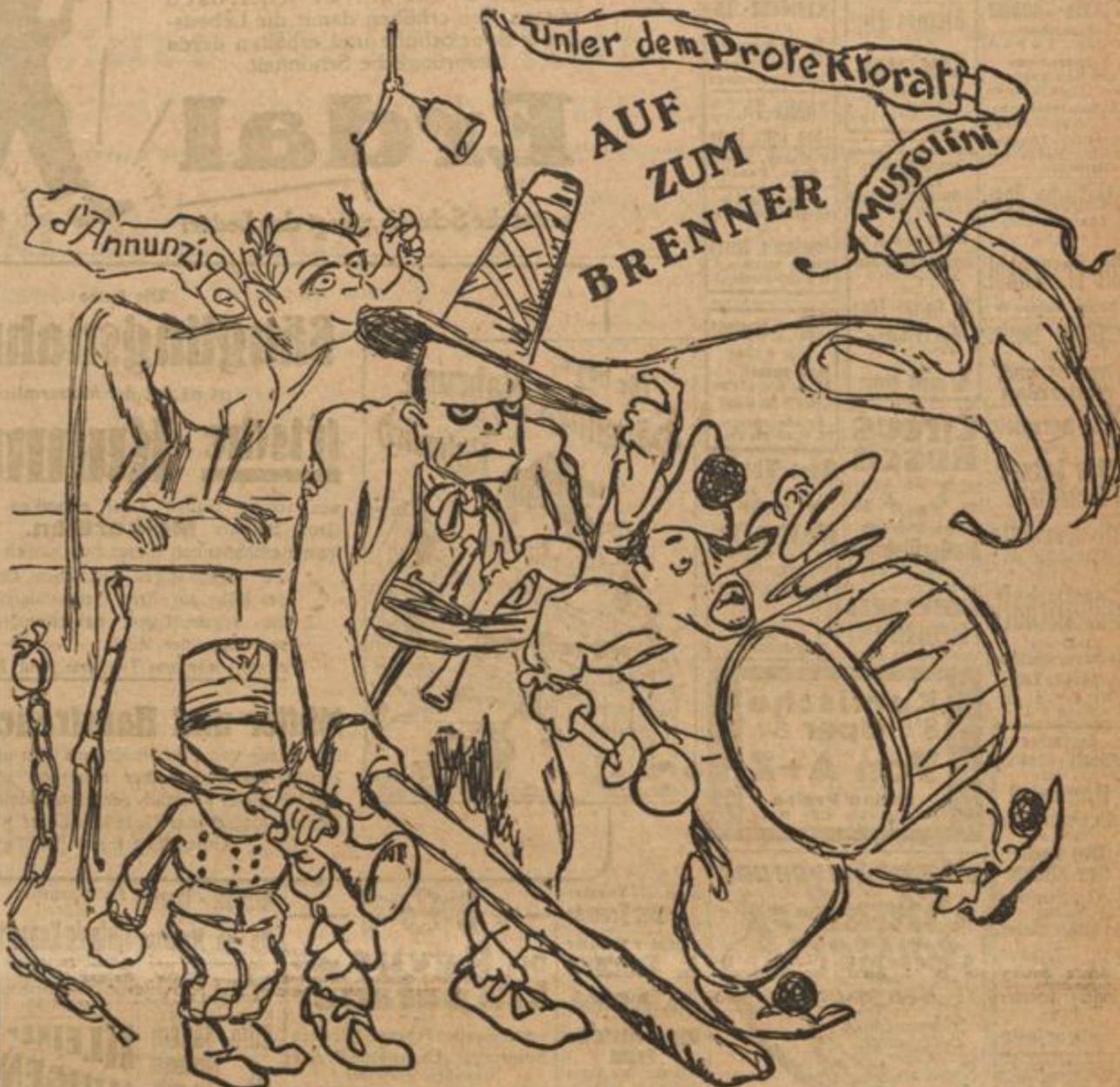
Sie verstümmten und gaben sich Mühe einzuschlafen; aber der Hunger vertrieb ihnen horridisch den Schlaf. Rebhühner, Truthühner und Hinkel stimmerten nur so vor ihren Augen, saftig, leicht geröstet, mit Gurken und Salat garniert.

„Seht wäre ich, glaube ich, in der Lage, meinen eigenen Stiefel aufzuweilen!“ sagte der eine General.

„Auch Handlauge sollen gut schmecken, wenn man sie lange getragen hat!“ sagte der andere General.

Plötzlich blühten die zwei Generäle einander an; in ihren Augen leuchtete ein unhöflichverfündendes Feuer, sie stießen die Zähne, und

Mussolinis Brandrede.



Wie kennen die Weise, wir kennen den Text:
So hat einst mit gepanzerter Pfote
Unser Erbmonarch, Wilhelmus der Zwote
Der Diplomaten Konzept verflext.

Wie heute — damals: ein Beifallssturm,
Ein Monstreorchester klatschender Hände.
Wir aber denken still an das Ende...
Was blieb von allem? — Ein zitternder Wurm!
Jetzt schäumt der „Duce“ in Redegischt,
Er trägt die Fahne über den Brenner...

(Meist leuchtet der Fünfminutenbrenner
Am hellsten auf, bevor er erlischt.)
Es kündet das Ende der Diktatur
Sich an durch solche Rodomontaden.
Der Kenner sieht hier nichts als den Schaden
In Mussolinis Gehirnstruktur.
Und folgert kühl aus dem Redeschwall
Aus der gemimten Cäsarenpose
Als einzig sichere Diagnose:
Hier kam der Knall schon vor dem Fall!
M. v. Lindenbeken.

etc dumpfes Knurren entrang sich ihrer Brust. Langsam krochen sie aneinander heran und gerieten plötzlich in tierische Wut. Bettfedern flogen durch die Luft, es ertönte ein Kreischen und Stöhnen; der General, der auch Lehrer für Schönschreiben gewesen war, biß seinem Kameraden den Orden ab und schluckte ihn sofort hinunter. Aber der Anblick fließendes Blutes schien beide zur Vernunft zu bringen.

„Der Herr behüte uns!“ sagten sie beide zugleich, „auf diese Weise würden wir ja uns gegenseitig auffressen.“

„Wie wir mir hierher geraten sind! Wer mir der Schurke ist, der uns diesen Streich spielte!“

„Wir mühten uns durch irgendein Gespräch die Zeit vertreiben, Em. Exzellenz, sonst könnte es zwischen uns noch zu einem Nord kommen!“ sagte der eine General.

„Beginnen Sie!“ antwortete der andere General.

„Wie denken Sie zum Beispiel darüber, warum die Sonne zuerst aufgeht und dann untergeht, nicht umgekehrt?“

„Sie sind ein sonderbarer Mensch, Em. Exzellenz! Auch Sie selbst stehen doch zuerst auf, gehen ins Departement, schreiben dort und gehen erst dann schlafen, nicht wahr?“

„Warum aber sollte man nicht folgende Gruppierung gelten lassen: zuerst gehe ich schlafen, habe verschiedene Träume, und erst dann stehe ich auf?“

„Hm!... Ja... Als ich im Departement diente, da dachte ich offen gestanden stets folgendermaßen: Jetzt ist es Morgen, dann wird es Mittag sein, dann wird man das Abendessen auf den Tisch bringen — und dann ist es Zeit zum Schlafengehen!“

Aber die Erwähnung des Abendessens ließ beide in Bequemlichkeit versinken und brach das Gespräch gleich zu Beginn wieder ab.

„Ich habe von einem Arzt gehört, daß der Mensch sich lange Zeit von seinen eigenen Säften ernähren kann,“ begann von neuem der eine General.

„Wieso denn?“

„Folgendermaßen. Unsere eigenen Säfte bringen wiederum andere Säfte hervor, diese bringen ihrerseits Säfte hervor und das geht so weiter, bis schließlich alle Säfte ausgehen...“

„Und was tut man dann?“

„Dann muß man irgendeine Nahrung zu sich nehmen...“

Der Kropf in der Tiefebene. Ueber die letzten Entstehungsursachen des Kropfes — der Vergrößerung der Schilddrüse — schreibt trotz aller Bemühungen der Forschung noch ein geheimnisvolles Dunkel. Man hat zwar mit unbestreitbarem Recht für das gehäufte Auftreten von Kropf in bestimmten Gegenden dem Jodmangel in der Nahrung und in der umgebenden Natur die Schuld zugeschrieben; aber keine der vielen Theorien hat eine restlos befriedigende Aufklärung ergeben. Weder ist das Trinktwasser (Kropfbrunnen) noch die Bodenbeschaffenheit, noch ein ansteckender Erreger mit Sicherheit für diese Erkrankung verantwortlich zu machen. Allerdings ist es auffällig, daß der Kropf vorwiegend eine Erkrankung der Gebirge ist. Tatsächlich sind die Alpen, Karpathen, Schwarzwald, Riesengebirge usw., aber auch in gleichem Maße viele der außereuropäischen Gebirgsgegenden Kropfherde ersten Ranges. Dagegen wurde bisher die Tiefebene als im wesentlichen kropffrei angesehen. Dieser Umstand ist jetzt nun ein Danziger Arzt auf Grund seiner Beobachtungen an einheimischen Bewohnern seiner Vaterstadt und ihrer Umgebung entgegengetreten. Er konnte mit Hilfe der dortigen Schulärzte bei zirka 15 Proz. der Schilddrüsen erhebliche Vergrößerungen der Schilddrüse feststellen; in den höheren Lehranstalten war sogar der Prozentsatz noch höher. Also jedes fünfte bis sechste Schilddrüse hat dort einen Kropf. Der Danziger Arzt hat den Eindruck, daß die Vergrößerung der Schilddrüse besonders nach dem Kriege erheblich zugenommen hätte und macht hierfür die ungünstigeren Verhältnisse (schlechte Ernährung, beengte Wohnung, übergroße Klassen, mangelhafte Körperpflege) verantwortlich. Seiner Ansicht nach vermag der geschwächte Körper des Kindes die dargebotene Jodmenge nicht in der erforderlichen Weise der Nahrung zu entnehmen und daher rühre die Zunahme der Kropfbildung, Glücklicherweise pflegen aber die Vergrößerungen der Schilddrüsen in der Tiefebene — im Gegensatz zu den endemischen Kropfen des Hochgebirges — nach Beendigung der Schulzeit allmählich von selbst zu verschwinden. Unterstützt wird diese Selbstheilung durch ausgiebige Körperbewegung im Freien, durch Sonnen- und Luftbäder, durch Aufenthalt an der See usw. Bei hohen Graden von Kropfbildung wird man allerdings mit diesen Maßnahmen nicht ausreichen und wird dann doch versuchen, mittels kleiner Jodgaben dem Jodhunger des Körpers beizukommen.

Die Kosten der Entdeckung Amerikas. In Palos (Spanien) wurden die Rechnungsbücher der Firma Pinzon gefunden, die die Entdeckungsgesellschaft des Kolumbus finanzierte und ihm die Schiffe zur Verfügung stellte. Demnach kostete die entscheidende Reise, die vom August 1492 bis zum März 1493 dauerte, 22.000 Reales, d. h. taum 35.000 Schweizer Franc. Kolumbus selbst bezog nicht mehr als 1600 Reales Jahresentlohnung.

(Schluß folgt.)

